

NOVEMBER 2009

20 Jahre Mauerfall

BEILAGE
Wandkalender 2010

INHALT

Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion | ...3-5

TITEL

Wie die Mauer in den Gewerkschaften fiel	Sigrid Baumgardt	7
Mein eigenwilliges Gedächtnis	Larissa Klinzing	11
Vor 20 Jahren: Die neue GEW	Bianka Tiedtke	13
Wie neu ist die GEW BERLIN heute	Rose-Marie Seggelke	13

SCHULE

Lotterie ersetzt keine Schulpolitik	Ulrich Meuel	14
Inklusive Schulen auf dem Weg	Helmut Meschenmoser	16
Der Freiheit eine Gasse	Peter Sinram	17
Teachers First	blz-Redaktion	18
Lehrkräfte zum Billigtarif	Bärbel Lange	19

LEHRERINNENBILDUNG

Zwischen Bildungstheorie und Chaospraxis	Manuel Honisch	20
--	----------------	----

HOCHSCHULE

Eine Berliner Erfolgsgeschichte	Heidi Degethoff de Campos	22
Lehrbeauftragte unter Druck	L. Guzzetti / C. Techritz	23

SOZIALPÄDAGOGIK

Politik und die Kommerzialisierung des Sozialen	Herwig Grote	24
---	--------------	----

TENDENZEN

Deutschenfeindlichkeit in Schulen	Andrea Posar / Christian Meyer	26
-----------------------------------	--------------------------------	----

GEWERKSCHAFT

Protest lohnt sich	Peter Sinram	28
--------------------	--------------	----

GLOSSE

Weißkohl oder habe ich heute frei?	Richardo Zeh	29
------------------------------------	--------------	----

RECHT & TARIF

Kurzmeldungen		30
L-EGO – Besser gleich	Ilse Schaad / Gesa Bruno-Latocha	31

SERVICE

Theater und Schule Fortbildung Materialien		32
--	--	----



6 **TITEL** Wie war das mit der GEW nach dem Mauerfall? Die damaligen Gewerkschafts-Akteure aus Ost und West berichten über ihre Eindrücke und Erfahrungen. Rose-Marie Seggelke fasst zusammen, wo wir heute stehen.



20 **LEHRERINNENBILDUNG** Auf einer Personalversammlung der ReferendarInnen wurde heftige Kritik am Zustand der LehrerInnenbildung geäußert. Der verabschiedete Forderungskatalog zeigt die breite Palette der Probleme auf.



28 **GEWERKSCHAFT** Bezüglich der Ausstattung der Kindertagesstätten ist einiges in Bewegung gekommen. Die Protestbewegung des Berliner Kita-Bündnisses hat durch die Zulassung des Volksbegehrens zusätzlichen Rückenwind erhalten.

IMPRESSUM

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Sigrid Baumgardt (verantwortlich), Klaus Will (Koordinierung und Schlussredaktion),

Richardo Zeh, Andreas Kraft, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Christiane Thöne
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49,
E-Mail blz@gew-berlin.de
Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 11 vom 1. Januar 2009

Satz, Layout und Konzept:
bleifrei Texte + Grafik / Claudia Sikora / Jürgen Brauweiler
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de
Druck: Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin
ISSN 0944-3207

11/2009: 22.000

LEUTE

Petra Eggebrecht ist seit 40 Jahren Lehrerin an der Rütli-Schule und leitet seit 8 Jahren das Projekt »2. Chance«, das schuldistanzierte Jugendliche wieder in den Regelunterricht integrieren will. Dieses Projekt ist nun gegen den Willen des Rütli-Kollegiums aus dem Campus Rütli entfernt worden. Schulleiterin und Schulaufsicht haben den Umzug in eine weit entfernte Hauptschule angeordnet. Angeblich, weil die Räume des Projekts für die Einrichtung eines Elternzentrums und einer Schulbücherei benötigt werden – , obwohl es im Schulgebäude eine Reihe von freien Räumen gibt.

Klaus Wowereit, Berlins Regierender Bürgermeister, ist eigentlich als Hardliner bekannt, nach der Wahlschlappe zeigte er sich aber plötzlich lernfähig: »Die Gralshüter der Agenda 2010 denken heute immer noch, sie müssen die Fahne nach oben halten, während schon alle links weggehen. Damit kommt man nicht weiter.« Indem man Tarifverhandlungen mit unsinnigen Angeboten blockiert aber auch nicht.

Matthias Loke hat gar nicht so unrecht, wenn er in der *Berliner Zeitung* schreibt: »Wenigstens wieder ein klares Feindbild – so dürfte mancher Gewerkschafter dem ernüchternden Bundestagswahlergebnis bei aller tiefer Enttäuschung doch noch etwas Gutes abgerungen haben. Endlich kann man wieder einmal die Muskeln spielen lassen und die gewerkschaftliche Gegenwehr beschwören: Der Gegner ist klar erkannt: die FDP, der Abrissbagger für Arbeitnehmerrechte und alles Soziale.«

Jürgen Schneider heißt der neue Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung. Schneider, 1949 geboren, hat in den vergangenen Jahren als Mitarbeiter der Sozialverwaltung Erfahrungen in der Behindertenpolitik gesammelt. Nach dem Ausscheiden des bisherigen Landesbeauftragten Martin Marquard aus Altersgründen war die Funktion vakant geworden. Schneider wird das Amt vom 1. Dezember 2009 an bis zum 20. Februar 2010 zunächst kommissarisch übertragen. Die reguläre fünfjährige Amtsperiode beginnt dann am 21. Februar 2010 bis zum 20. Februar 2015. ■



FOTO: PRIVAT

Imamer als der Imam

Berliner Verwaltungsgericht erlaubt das Beten in der Schule

von Wolfgang Harnischfeger, Schulleiter im Ruhestand

Am 29. September 2009 sprach ein Verwaltungsgericht einem muslimischen Schüler das Recht zu, in seiner Schule zu beten. Es sah diesen Anspruch durch das Grundgesetz gedeckt und betonte den Einzelfallcharakter der Entscheidung. Ein Islamwissenschaftler hatte zuvor ausgeführt, das fünfmalige Beten gehöre zu den fünf Säulen des Islam, und verschieben könne man es nur in Ausnahmefällen, wobei es nur von der streng konservativen Seite dazu schriftliche Äußerungen gebe. Vermutlich werde man in Deutschland ohne Probleme einen Imam finden, der aus pragmatischen Gründen einer Zusammenlegung von Mittags- und Nachmittagsgebet zustimmen würde. Diesem Gedanken schenkte das Gericht keinerlei Beachtung, es war imamer als der Imam, um eine auf den Papst gemünzte Redewendung abzuwandeln.

Die im Zusammenhang mit dem Aufhängen von Kruzifixen in bayrischen Klassenräumen ergangene Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, wonach Schule ein Ort weltanschaulicher und religiöser Neutralität zu sein habe, wurde so interpretiert, dass Neutralität des Staates einerseits und Duldung bis hin zu aktiver Unterstützung religiöser Betätigung andererseits sich keinesfalls ausschließen, feinsinnige juristische Scharmützel, während Schule selbst nur in Form von Pausenzeiten vorkam.

Die öffentlichen Reaktionen auf das Urteil zeigen, dass die Entscheidung als generelle Richtungsentscheidung verstanden wurde. Und es trat eine merkwürdige Schieflage ein: Wer die Schule aus Sorge vor ideologischen Auseinandersetzungen der Schüler untereinander und zur Wahrung von Respekt und Toleranz gegenüber unterschiedlichen Überzeugungen vor Handlungen bewahren will, die notwendigerweise das Tren-

nende und nicht das Gemeinsame in den Vordergrund stellen, wird nun der Hysterie und der Prinzipienreiterei bezichtigt. Und in völliger Umkehrung der Inhalte gilt als liberal und tolerant, wer bisher massiv für Einzelinteressen eintrat, wie die Verlierer von Pro Reli und Hardliner wie Kardinal Sterzinsky und Bischof Huber, flankiert von der FDP, die die Schule allen Marktkräften öffnen will. Insgesamt eine eindrucksvolle Koalition von erprobten Lobbyisten und Laissez faire-Pluralisten! Wobei der Islam, der sich das Urteil erstritten hat, selbst keineswegs liberal und tolerant auftritt. Wenn ein muslimisches Mädchen ohne Kopftuch in demselben Raum wie der Junge beten wollte, würden sich die Grenzen des Miteinanders schnell zeigen.

Was bleibt als Fazit für die Schulen? Jeder Fall muss auch künftig einzeln geprüft werden, wobei ich Fragen nach den Aufsteh- und sonstigen Lebensgewohnheiten, wie sie das Gericht zur Prüfung der Glaubwürdigkeit gestellt hat, für Schulleitung und Schüler als nicht zumutbar ansehe. Und es gibt auch nach diesem Urteil keinen generellen Anspruch auf Beten in der Schule oder gar auf einen Gebetsraum. Schule sollte allerdings keinesfalls rigide mit Verboten reagieren, sondern gesprächsbereit sein, weil sonst die Gefahr besteht, dass aus einem singulären Antrag auf Beten eine Frage der religiösen und kulturellen und in der Folge dann der nationalen Identität für viele wird, was den Integrationsgedanken endgültig begraben würde. Und Schule sollte Sinn- und Existenzfragen, zu denen auch die Religion zählt, mehr und bereitwilliger Raum geben, dies aber mit allen gemeinsam und Respekt vor jeder ehrlichen Überzeugung fordernd, damit das Thema wieder von der juristischen Ebene auf die pädagogische zurückgeholt wird. ■



Unter dem Motto »Uns gibt's nicht umsonst« hat ein Bündnis aus fairwork e.V., Ver.di, GEW BERLIN und DGB-Jugend zum Praktikantenstreik in Berlin aufgerufen. Auf dem Potsdamer Platz informierten sie über ihre Forderungen.

FOTO: CH. V. POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

Praktikanten demonstrieren gegen unfaire Arbeitsbedingungen

Am 9. Oktober 2009 hat eine Initiative von PraktikantInnen mit einer Aktion auf dem Potsdamer Platz auf unfaire Arbeitsbedingungen im Praktikum aufmerksam gemacht. Die von der GEW BERLIN unterstützte Initiative fordert klare und gerechte arbeitsrechtliche Regelungen für Praktika, Verbot des Ersatzes regulärer Arbeitsplätze durch PraktikantInnen, Vergütung von Praktika von HochschulabsolventInnen, Begrenzung der Praktikumsdauer auf maximal vier Monate.

Regierungsfraktionen legen Plan für bessere Kitaqualität vor.

SPD und LINKE haben am 8. Oktober 2009 in der Sitzung des Bildungsausschusses einen Auftrag im Umfang von 50 Millionen Euro zur Änderung des Haushalts beschlossen. Damit sollen die Erhöhung des Kita-Personalschlüssel um 5 Prozent und die Freistellung der Kitaleiterinnen pro 100 Kinder finanziert werden. Dann wäre eine erste Stufe des bereits von SPD und LINKE zugesicherten Stufenplans zur Verbesserung der Qualität in Berliner Kitas umgesetzt. Allerdings muss alles auch noch durch Änderungen im Kitagesetz gesetzlich abgesichert werden. Zu dieser schnellen Reaktion sind die Parteien sicherlich auch durch die

Teilnahme von über 12.000 Menschen am Sternmarsch des Kitabündnisses am 22. September sowie dem eindeutigen Spruch des Verfassungsgerichts über die Zulässigkeit des Kita-Volksbegehrens gekommen. (siehe auch Seiten 25 und 28)

Humboldt-Universität mit neuer Bibliothek

Am 12. Oktober ist die neue Zentralbibliothek der Humboldt-Universität eröffnet worden. Die Jacob-und-Wilhelm-Grimm-Zentrum genannte Bibliothek ist nach Plänen des Schweizer Architekten Max Dudler gebaut worden und hat einen Bestand von 2,5 Millionen Büchern. Neben 1.250 Leseplätzen gibt es auch Multimediaarbeitsplätze, Leseterrassen, Einzelkabinen sowie einen Eltern-Kind-Bereich. Die Bibliothek ist an Wochentagen bis 24 Uhr, an Wochenenden bis 18 Uhr geöffnet.

Berliner Bündnis gegen Homophobie gegründet

Am 23. September 2009 wurde im Roten Rathaus das Berliner »Bündnis gegen Homophobie« gegründet. Als Erstunterzeichner haben sich in dem Bündnis 24 relevante gesellschaftliche Organisationen, Institutionen und Unternehmen zusammengetan, um ein klares Zeichen zu setzen gegen Diskriminierung und Gewalt.

Hintergrund der Gründung sind homosexuellenfeindliche Übergriffe, die sich im vergangenen Jahr in Berlin gehäuft hatten. Von einem hohen antihomosexuellen Gewaltpotenzial zeugt auch, dass auf das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen innerhalb eines Jahres nach seiner Einweihung bereits drei Anschläge verübt wurden. Mitglied im Bündnis ist auch der DGB Berlin-Brandenburg, dessen stellvertretende Vorsitzende Doro Zinke darauf hinwies, dass auch am Arbeitsplatz und im Umgang mit Ämtern niemand wegen seiner oder ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert werden dürfe: »Erzählen Sie keine »Schwulenwitze« – der Kollege im Nachbarzimmer könnte einer sein.«

Ein Phänomen namens Kevinismus

Wer Kevin, Chantal, Justin oder gar Mandy heißt, hat in der Grundschule schlechte Karten. Denn die Lehrkräfte gehen davon aus, dass Kinder mit diesen Namen eher aus der Unterschicht kommen, weniger leistungsstark und verhaltensauffälliger sind. Das ist das Ergebnis einer Studie, die die Lehramtsabsolventin Julia Kube für ihre Masterarbeit erstellte. Sie hat 2000 Lehrkräfte online befragt und die Antworten von insgesamt 500 Grundschullehrkräften ausgewertet. »Kevin ist kein Name, sondern eine Diagnose«, meinte beispielsweise eine befragte Lehrerin. Als eher freundlich und leistungsstark werden dagegen Jungen mit den Namen Alexander, Simon, Jakob eingeschätzt. Bei den Mädchen rufen Charlotte, Nele, Marie, Emma und Katharina positive Gefühle hervor. Die Studie ist zu finden unter www.kinderforschung.uni-oldenburg.de/36968.html

Die Berliner Universitäten sind begehrt

Zum aktuellen Wintersemester ist der Andrang auf die Berliner Universitäten unverändert groß, lediglich die Technische Universität (TU) vermeldete einen leichten Rückgang. Aber auch hier übersteigt die Zahl der Bewerbungen die der Studienplätze bei Weitem. An der TU ist das Studienfach Wirtschaftsingenieurwesen am gefragtesten, an der Freien Universität liegt Publizistik an der Spitze. Die Humboldt-Universität meldet Sozialwissenschaften, Kunst- und Kulturwissenschaften sowie Medienwissenschaft als gefragteste Fächer. ■

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsöffentlichen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

Interview »Dass wir das noch erleben dürfen«, September-blz

Wenn die Senatsbildungsverwaltung auf ihrer Homepage und Zöllners Pressesprecher Jens Stiller in seinen Presseverlautbarungen Lobeshymnen über den Beginn des neuen Schuljahres und die Personalausstattung in den Schulen verbreiten, wenn im Tagesspiegel Susanne Vieth-Enthus als inoffizielles Sprachrohr der Senatsverwaltung diese Lobhudelei unkritisch übernimmt – ja, dann nimmt man das achselzuckend zur Kenntnis, das sind wir ja gewohnt. Dass ich aber erleben muss, dass meine eigene Gewerkschaftszeitung unkritisch und kaum hinterfragt Erhard Laube und Siegfried Arnz ein Forum bietet, diese Lobesarie auf sich selbst fortzuführen, ist schlichtweg völlig daneben, um es vorsichtig zu formulieren.

Nicht nur die Personalräte, sondern alle Betroffenen vor Ort in den Schulen wissen, dass es nahezu nirgendwo eine zufriedenstellende Ausstattung mit Lehrkräften und Erzieherinnen gibt. Eine an die hundert Prozent heranreichende Ausstattung ist nur nach Streichung etlicher Stunden im Förderbereich und einer Zweckentfremdung der Mittel aus dem Topf der Personalkostenbudgetierung erreicht worden. Allein in Tempelhof-Schöneberg decken die 100 Einstellungsmaßnahmen mit befristetem Einsatz maximal ein halbes bzw. ein ganzes Jahr den offensichtlichen Dauerbedarf ab. Von den über 50 von der Schulaufsicht als »unabweisbar benötigten Unterrichtsbefordern« angeforderten Stellen sind nur 10 realisiert worden, der Rest wird mit befristeten Verträgen geflickschustert. Von der GEW-Forderung 110 Prozent sind wir meilenweit entfernt. Von Qualität ganz zu schweigen! Da voll ausgebildete BewerberInnen nicht unbedingt auf Angebote in Berlin angewiesen sind, wenn nahezu alle übrigen Bundesländer bessere Einstellungsbedingungen bieten, wird der Unterricht zu einem großen Teil von nicht voll ausgebildeten Kräften mühsam abgedeckt. Natürlich gibt's auch da »Naturtalente«, aber wie so gibt es eigentlich eine Lehrerausbildung mit zwei Examina?

Die von Laube geäußerte Hoffnung, dass »ein Teil der über 1000 langzeiterkrankten Lehrkräfte sicherlich und hoffentlich irgendwann wiederkommen (wird)«, ist angesichts der Tatsache der Streichung jeglicher Erleichterungen für ältere Lehrkräfte und der gestiegenen Anforderungen in allen Schularten mehr als nur unrealistisch. Im Gegenteil – der Anteil der Langzeiterkrankten wird unter den Berliner Bedingungen erheblich zunehmen! Wie Laube eine solche Situation in Berlin als großen Erfolg hinzustellen vermag, ist mir schleierhaft. Dass unsere *blz* hier nicht kritischer hinterfragt, durch Zahlen widerlegt oder im Nachgang wenigstens gewerkschaftlich kommentiert, ist bedauerlich und nicht hinnehmbar.

Johannes Gerigk

Interview »Dass wir das noch erleben dürfen«, September-blz

Lieber Gewerkschaftskollege Erhard Laube, ich freue mich darüber, dass wir gemeinsam viele Jahre GEW-Politik mitgestalten konnten, ich mehr aus Kreuzberger Sicht, du als Vorsitzender der GEW. Die Vereinigung der beiden Gewerkschaften nach der Wende, da bewundere ich noch heute dein Talent. Die von dir stark in die GEW eingebrachten Forderungen zu Menschenrechts-, Antirassismus- und umweltpolitischen Themen wirken noch immer positiv nach. Auch haben wir jedes Jahr die Organisationsrichtlinien für das kommende Schuljahr sehr kritisch bewertet und die Mitglieder zum Teil erfolgreich zum Protest aufgerufen.

2005: Ja, ich hätte Dich lieber als Uli Thöne als Bundesvorsitzenden gehabt. Dein Engagement in der AG Schulleiter der GEW schätzte ich sehr, neben Harnischfeger, Hansen, Bruhn. Deinen Übertritt in die Schulverwaltung habe ich zur Kenntnis genommen, habe nicht den alten Basis-Funktionärskonflikt. Nur verstehe ich nicht, dass du in der September-blz im Interview gemeinsam mit Siegfried Arnz die Kürzungspolitik im Bildungsbereich einfach abnickst. Wir haben immer die in jedem Großbetrieb üblichen 105 Prozent Personalausstattung gefordert.

Welche Schule hat 100 Prozent Personal an Bord, das Minimum? »Absurd wegen einzelner Stunden unter 100 Prozent das Personalkarussell in Gang zu setzen?« Ja, lieber Erhard, welches Karussell denn, das der Sechzigjährigen

oder das der nicht im ausreichenden Maße vorhandenen JunglehrerInnen? Wir haben doch in den 80er Jahren gemeinsam der Renate Laurien die Budde-Studie zur Lehrerbedarfsermittlung »um die Ohren gehauen«. Ich könnte es ja verstehen, wenn du über die Schulsenatsschiene früher als mit 65 Jahren in die Pension wolltest und dann in anderen Projekten tätig würdest. Aber das Nachbeten von Schulsenatsargumentationen, inklusive des Rentnersenators Zöllner hilft den Kindern, Eltern, Sozialpädagogen und LehrerInnen nicht weiter, alldieweil die Bildungsausgaben der BRD und auch die Berlins mit 5 Prozent des BIP weiter auf der Ebene mit Russland und der Türkei liegen. Enttäuscht bin nicht nur ich persönlich, sondern auch Gerd Zippa, der immer deine Tatkraft geschätzt hat, den du seit vielen Jahren kennst, und unsere GEW-KollegInnen an der Schule sowieso. *Fridolin Tietge*

ÜBRIGENS

Es ist Mitte Oktober und noch sind unserem Ruf nach einem neuen Namen nur sehr wenige gefolgt. Allerdings hat sich auch noch niemand geregt, der meint, blz muss blz bleiben. Deswegen: letzte Möglichkeit ist der 11. November. Einen Tag später beraten wir dann auf unserer Klausur, ob und welchen Namen wird dem Landesvorstand vorgeschlagen. Die Redaktion ist gespannt, was am Ende herauskommt.

Nicht wundern, dass in dieser blz nichts zum Tarifgeschehen steht. Da das Wesentliche der Tagespresse zu entnehmen war, verzichten wir auf die Wiedergabe des Senatsangebots und der ersten Reaktionen der Gewerkschaften darauf. Die Tarifkommission tritt am 26. Oktober 2009 zusammen, dort werden das Angebot und das weitere Vorgehen beraten. Wenn Ergebnisse vorliegen, berichten wir selbstverständlich darüber.

Und die Redaktion: Wir freuen uns auf die Klausurtagung. Mit professioneller Unterstützung arbeiten wir diesmal am Thema Interview. Darüber hinaus natürlich auch zu den Themen 2010, wenn ihr noch Vorschläge habt, schreibt uns schnell. Ich wünsche mir für die Klausur, dass die ganze Redaktion motiviert und gesund beisammen sein kann. *sigrid*

Redaktionsschluss blz 1/2010: 27. November 2009



Wie die Mauer in den Gewerkschaften fiel

Ein Rückblick auf die Zeit Ende 1989 bis 1990

das Interview führte Sigrid Baumgardt, verantwortliche Redakteurin der blz

Erhard Laube war am 9. November 1989 der Vorsitzende der GEW BERLIN, Ilse Schaad Leiterin des Referats Beamten- und Angestelltenrecht, Tarifpolitik und Dieter Haase Lehrer an der 16. POS in Mitte.

9. November 1989, ein historisches Datum, insbesondere auch für die BerlinerInnen hüben und drüben. Wie habt ihr den Tag, die Nacht, den folgenden Morgen erlebt?

Ilse: Ich habe am Abend zwischen 9 und 10 Uhr Radio gehört und da wurde gesagt, dass ab sofort für die Bürgerinnen und Bürger der DDR-Reisefreiheit besteht. Daraufhin habe ich meine Kinder, damals 6 und 9 Jahre alt, aufgeweckt und bin mit ihnen zum Checkpoint Charlie gefahren, später zum Brandenburger Tor. Die Menschen standen auf der Mauer, jubelten, tobten herum ... um 2 Uhr waren wir wieder zu Hause. Ich hab damals gedacht, das ist ein Moment, den meine Kinder nie in ihrem Leben vergessen werden und das bestätigen sie mir auch heute noch.

Erhard: Ich saß mit GEW-KollegInnen in einer Wohnung zusammen, als eine Kollegin verspätet zu uns stieß und sagte: »Habt ihr schon gehört, die Mauer ist auf.« Wir haben den Sinn erst gar nicht erfasst, sondern weitergearbeitet und daraufhin wiederholte sie den Satz etwas später. Da begriffen wir langsam, was passiert ist. In der Nacht bin ich zur Bornholmer Straße gefahren. An den folgenden Tagen war ich ständig in der City unterwegs und genoss das unglaubliche Treiben auf den Boulevards.

Dieter: Ich war an diesem Abend in der Kongresshalle am Alexanderplatz zu einer Veranstaltung die von Eltern, Ärzten, Pädagogen zu möglichen Veränderungen in der Bildungspolitik der DDR durchgeführt wurde. Es war eine offene, bunte Diskussion, wie ich sie vorher noch nie erlebt hatte. Es war wie ein Dammbbruch. Mit dem Fortschreiten des Abends begann auf einmal das Publikum, von den hinteren Reihen anfangend den Raum zu verlassen. Die, die vorne saßen, konnten sich überhaupt nicht erklären, warum trotz spannender Diskussion die Leute gingen. Gegen 22 Uhr haben wir etwas frustriert die Veranstaltung beendet. Erst als ich nach Hause kam und meine Freunde aus West-Berlin anriefen und mich fragten, wo ich denn bleibe, wurde mir klar, wohin das Publikum gegangen war.

Wie war die Ausgangslage in der DDR? Dieter, du hast gerade angedeutet, dass es schon eine bildungspolitische reformorientierte Debatte gab? Wie und wo wurde sie geführt? Was waren die Inhalte der Debatte?

Dieter: Eine Vielzahl von PädagogInnen war durch die neue politische Situation verunsichert und paralysiert. Andere jedoch sahen in dieser Entwicklung die Chance, eine demokratische Schule zu entwickeln, ohne den ideologischen Ballast unter Beibehaltung der positiven Elemente des Bildungssystems der DDR wie zum Beispiel die zehnjährige gemeinsame Schule, die Hortbetreuung, die Schulspisung und anderes mehr.

Nun zum Westteil. Wie sah die Situation im November 89 im Westteil der Stadt aus? Zeitgleich zum Mauerfall fand der große Kita-Streik statt und du, Erhard, warst frisch im Amt als Berliner GEW-Vorsitzender.

Erhard: Die historische Dimension dessen, was da auf uns zu kam, hatten wir nicht erfasst. Wir streikten für Vor- und Nachbereitungszeiten von Erzieherinnen und Erziehern. Wir wollten nicht wahrhaben, dass ein erfolgreiches Ende des Streiks völlig unrealistisch geworden war. Plötzlich standen ganz andere Themen auf der Tagesordnung der Politik in Berlin und in Deutschland.

Klar war uns sehr schnell, dass sich die kleine überschaubare GEW Berlin verändern würde und dass ►





Gründung der GEW Ost mit Bianca Tiedtke, Petra Burkhardt, Christiane Zschommeler (von links).



Ständig unterwegs: Erhard Laube am Lenkrad, Ilse Schaad auf dem Sozius.

► tarifpolitische Themen im Vordergrund stehen werden. Wir haben dann ziemlich schnell neue Sachbearbeiter und Sachbearbeiterinnen eingestellt, vor allem im Bereich Arbeitsrecht und Tarifpolitik. Das war zwar vorausschauend und richtig, hat uns aber zeitweilig an den Rand der Liquidität gebracht. Denn neue Mitglieder, die Beiträge zahlen, gab es noch nicht, wohl aber wurde von der GEW Berlin schon unglaublich viel Beratung erwartet.

Jetzt noch einmal zu den gewerkschaftlichen Hintergründen in der DDR. Dieter, wie waren die Lehrkräfte und Erzieherinnen in der DDR organisiert? Welche Entwicklung nahm das Ganze nach der Öffnung? Wo fanden sich die reformerischen Kräfte wieder?

Dieter: In der DDR galt das Prinzip »Ein Betrieb – eine Gewerkschaft«. Hausmeister, Sekretärinnen, Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher in einer Schule waren in der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung, kurz GUE, organisiert. Arbeiteten die Erzieherinnen in einer Krippe oder in einer Behinderteneinrichtung gehörten sie zur Gewerkschaft Gesundheit. Da aber alle Einzelgewerkschaften in der Dachgewerkschaft FDGB zusammengefasst waren, war dies nicht das Problem in der ersten Zeit nach der Maueröffnung. Erst mit der Wahl von neuen Gewerkschaftsfunktionären Anfang 1990 bekamen die Einzelgewerkschaften eine neue Bedeutung. In

meinem Fall führte meine Bemerkung, dass wir neue unbelastete Kolleginnen und Kollegen wählen sollten, in einer Wahlveranstaltung zum Kreisvorsitz der GUE in Mitte dazu, dass ich es machen musste. Die reformorientierten Menschen wurden in allen Bereichen aktiv, ob in der Politik, in der GUE oder GEW Ost.

Wie sahen die ersten Begegnungen zwischen den Gewerkschaften aus den verschiedenen Blickwinkeln aus?

Erhard: Wir sind in die ersten Begegnungen mit einer unglaublichen Offenheit und wenig Strategie gegangen. Es gab ja keine Beispiele und Erfahrungen, an denen man sich orientieren konnte. Uns wurde allerdings schnell deutlich, dass es eine gemeinsame Arbeit mit dem alten Funktionärskörper der GUE nicht geben kann. Deren Gewerkschaftsverständnis ergab ja null Übereinstimmung mit unserem. Es passte nicht zum basisdemokratischen Selbstverständnis in der GEW Berlin. Und Dienstwagen mit Chauffeur? Ich bin sehr froh, schnell die Überzeugung gewonnen zu haben, dass es eine direkte Rechtsnachfolge der GEW Berlin nicht geben könne. Damit war auch klar, dass jede Kollegin und jeder Kollege individuell einen Antrag auf Mitgliedschaft in der GEW Berlin stellen musste. Kollektive Übernahme war ausgeschlossen.

Ilse: Da gab es natürlich auch andere, wie den Thomas Lippmann, der als Neugewählter in den Vorstand der GUE gewählt wurde und den Reformprozess vorantreiben wollte, und es gab Leute wie Petra Burkhardt, Bianca Tiedtke, Christiane Zschommeler und Andreas Eckstein, die von vornherein sagten, dass die GUE nicht reformfähig sei und die deswegen ihren eigenen Weg gehen wollten. Leute vom Neuen Forum waren auch dabei. Es war deutlich, dass man ähnliche Ziele hatte. Von daher forcierten sie die Gründung einer Ost-GEW. Der Prozess dauerte über ein Jahr und die Strategie, die GEW OST zu gründen wurde schnell positiv entschieden. In den anderen neuen Ländern gab es zwar Partnerschaften zwischen alten und neuen Ländern, aber eben nicht die Berliner Situation, wo sich einzig und allein real Ost und West vereinigen mussten und das unter starkem Druck.

Dieter: Die neu gewählten Kreisvorsitzenden der GUE Berlin hatten einen dreiköpfigen SprecherInnenrat gewählt, um von der Zentrale unabhängig zu sein. Bei meinem ersten Treffen im Haus des Lehrers mit Erhard, Ilse und Safter war ich sehr skeptisch, weil ich das Gefühl hatte, dass diese Leute von der GEW uns ihre Meinung und einen vorgezeichneten Weg vorschreiben wollten. Diese Art der Bevormundung hatten wir aber gerade abgelegt. Auch wenn wir die gewerkschaftliche Vertretung erst lernen mussten, wollte ich keine Einmischung von »drüben«.

Das große Ziel hieß, aus allen – GUE, Gewerkschaft Wissenschaft, GEW Ost und GEW West – eine zu machen, spätestens mit dem vollzogenen An-

schluss der Beitrittsgebiete am 3. Oktober 1990. Wie ist das gelungen?

Erhard: Uns als Vorstand war es wichtig, die reformistischen Kräfte der sich auflösenden DDR zu stärken, sie für die GEW Berlin zu gewinnen und in sie zu integrieren. Problematisch war aber, dass genau diese Menschen keine Organisationserfahrung hatten. Gleichwohl waren es diese KollegInnen, die die bildungspolitische Diskussion im Ostteil der Stadt maßgeblich bestimmten. Allerdings scheiterte frühzeitig der Versuch, die Dreigliedrigkeit des Schulwesens zu überwinden und ein transparentes, durchlässiges Schulsystem sich entwickeln zu lassen.

Ilse: Ja, aber Berlin ist ja nicht losgelöst vom Rest zu betrachten. Hier gingen die Bestrebungen vor allem der CDU-Länder ganz schnell in Richtung Gymnasium und gegliedertes Schulsystem. Ein Grund dafür war sicherlich auch die extrem niedrige Quote an AbiturientInnen in der DDR. Die politischen Wahlentscheidungen legten aber früh fest, dass das westliche Schulsystem ohne wesentliche Abweichungen auf den Osten übergeklappt wurde.

Wie haben die KollegInnen im Ostteil Berlins auf diesen Schnitt reagiert?

Dieter: Wie schon angedeutet, glaubten wir, dass die neugegründete GEW Ost ein von der GEW West initiierte Schwächung der an der Basis neu ausgerichtete GUE sein sollte. Deshalb waren wir skeptisch. Im Sommer 1990 wurde uns klar, dass es für die GUE keine Zukunft gibt und wir eine einheitliche durchsetzungsfähige Gewerkschaft brauchen. Deshalb haben wir mit unseren Mitgliedern den Übertritt zur GEW diskutiert und beschlossen.

Schauen wir mal in Richtung Tarifpolitik. Wie war der Stand da?

Ilse: Hinsichtlich der Beschäftigtenstruktur hatte der Einigungsvertrag die Weichen eindeutig gestellt. Aber die Entwicklung kann natürlich nicht ohne die Frage nach den Ängsten der Beschäftigten beantwortet werden. Sie bangten durchaus zu Recht um die Anerkennung ihrer Berufsqualifikation. Das war eine Herausforderung für die ganze GEW. Der Lehrkräfte im Osten wurden je nach Schulstufe sehr unterschiedlich ausgebildet. Die Lehrkräfte für die unteren Klassen wurden in der Regel an den Instituten für Lehrerbildung ausgebildet, für Sek I und II gab es eine einheitliche Diplom-Lehrerausbildung. Dieses Modell ist im Westen in den 60iger Jahren abgelöst worden und damit stand die Frage der Anerkennung von Abschlüssen ganz vorn an. Mit den berechtigten Existenzfragen der KollegInnen sind die reformpädagogischen Gedanken in den Hintergrund getreten, das war auch in Berlin so. Da gab es zum Beispiel eine Großdemo mit 50.000 Lehrkräften aus dem Ostteil, die nur um die Rechte und Anerkennung ihrer beruflichen Qualifikation gekämpft haben. Hinzu kam noch, dass die Lehrkräfte der DDR ja einheitlich bezahlt wurden, komplett anders als bei

uns. Auch darum kamen große Ängste auf, was die Zukunft bringt. Dieses Problem hatten die anderen DGB-Gewerkschaften so nicht.

Vom Verlust des Arbeitsplatzes bedroht waren vor allem ehemalige MitarbeiterInnen der Staatssicherheit. Als neue Mitglieder forderten sie zum Teil Rechtsschutz von der GEW. Wie hat die GEW den Spagat zwischen dem Kampf gegen Berufsverbote und der Vertretung dieser Kolleginnen und Kollegen bewältigt?

Erhard: Als Berliner haben wir einen sehr klaren Trennstrich gezogen zwischen denen, die als informelle Mitarbeiter für die Stasi gearbeitet haben und damit in unseren Augen nicht mehr in die Schulen gehörten, und dem Rest. Es konnte keine Solidaritätsaktionen für diese KollegInnen geben. Wer andere Menschen – Schülerinnen und Schüler, Eltern und Kolleginnen und Kollegen – ausspioniert, Persönlichkeitsrechte verletzt, denunziert, gehört nicht in die Schule! Das hieß nicht, dass sie keinen Rechtsschutz von uns bekamen, weil ja jeder ein Anrecht auf Verteidigung hat. Bei der Kampagne gegen Berufsverbote in den siebziger Jahren ging es um das Recht auf freie politische Betätigung, was schon ein klarer qualitativer Unterschied ist.

Ilse: Dass es viele Kontakte zwischen der Schule und dem Apparat der Staatssicherheit gab, das haben alle gewusst. Aber für die GEW war früh klar, dass stark belastete Personen nichts in der Schule verloren haben. Ich habe im Rahmen meiner Arbeit in der Rechtsschutzstelle viele Erfahrungen sammeln müssen, wie unterschiedlich die Menschen mit ihrem Tun umgegangen sind. Da gab es die, die wirklich über ihre Handlungen reflektiert und diese auch zugegeben, Verantwortung übernommen ha-



Dieter Haase als
GEW-Vorsitzender 1991



- ben, mit der Folge der Kündigung, die sie hingenommen haben. Und es gab diejenigen, die so lange nichts zugegeben haben, bis die Beweislast so groß war, dass ein Leugnen nicht mehr möglich war. So kam es, dass teils Existenzen bedroht und vernichtet wurden und andere geschont. Leider gab es auch Funktionärinnen der GEW BERLIN, die stark verstrickt waren. Das war immer wie eine kalte Dusche, wenn gegen all deren Beteuerungen vor Gericht die Wahrheit ans Licht kam. Schließlich hatte man ja schon länger miteinander gearbeitet. Das war eine harte Zeit für die GEW. Ich habe mich damals auch in Menschen getäuscht, was sehr schmerzlich war.

Dieter: Die Entscheidung, ob jemand entlassen werden muss oder entlastet wird, war sehr schwierig. Wir haben uns im Personalrat Mitte mit jedem Einzelfall intensiv beschäftigt, weil es kein klares Gut oder Böse gab. Die Methoden der Staatssicherheit waren so perfide, dass wir nachvollziehen konnten, wenn Menschen unter Druck und Erpressung zum informellen Mitarbeiter wurden. Wenn dann keine Tätigkeiten vorlagen, die anderen geschadet haben, waren wir für die Weiterbeschäftigung. Es gab ja auch Kolleginnen und Kollegen, die in herausgehobenen politischen Positionen ihre Macht missbraucht haben, um andere zu schädigen. In solchen Fällen stimmten wir den Kündigungsvorlagen zu.



Wie wurde entschieden, wer als stark belastete Person galt?

Ilse: Aus den Unterlagen, die im Rahmen der Gerichtsverfahren vorgelegt wurden, konnte man Unterschiede erkennen. Da gab es zum Beispiel welche, die aus

Dienstgesprächen Auffälligkeiten und Informationen preisgegeben haben, seitenlange Berichte geschrieben und damit KollegInnen denunziert haben. Und es gab welche, die die Einwilligungserklärung als informeller Mitarbeiter nicht einmal persönlich unterschrieben hatten und »abgeschöpft« wurden.

Wie schätzt ihr heute die Durchmischung von Ost- und WestkollegInnen ein?

Ilse: In allen anderen neuen Ländern außer Berlin gibt es keine erkennbare Durchmischung. Es gibt jetzt junge Lehrkräfte, die durch die Abwerbung der alten Länder ihren Beruf im Westen aufnehmen, aber das ist eine andere Situation. Das sind keine »DDR Lehrer« mehr, die da abgeworben werden. In der Nachwendezeit gab es Austauschprogramme zwischen Hessen, Niedersachsen und Thüringen,

Sachsen und Sachsen-Anhalt. Da sind die Kolleginnen und Kollegen dann nach Hessen und nach Niedersachsen gelockt worden und haben da, bezahlt aus den neuen Ländern, bis zu fünf Jahren gearbeitet. Im Anschluss daran sind sie aber nicht unbefristet übernommen worden und die Ausbildungen werden bis heute nicht als gleichwertig anerkannt. Bis heute verdienen sie weniger als ihre westdeutschen Kolleginnen und Kollegen, obwohl sie die gleiche Arbeit machen. Die Anerkennung ihrer Abschlüsse hing nämlich davon ab, dass sie gemäß Einigungsvertrag bis zum 31.12.1996 eine sogenannte Bewährungsfeststellung erhalten. Das haben die neuen Bundesländer – außer Berlin – abgelehnt. Wir haben in Berlin darauf geachtet, dass die Kolleginnen und Kollegen nach fünf Jahren Berufserfahrung Bewährungsfeststellungen erhalten und damit anerkannt sind und waren. Das haben die anderen Bundesländer versäumt. Das führt heute noch bei Versetzungen zu großen Schwierigkeiten. Bitter war auch, dass zur Stunde Null die gerade ausgeübte Tätigkeit zum Beispiel als Erzieherin im Hort oder als Lehrerin in der Grundschule ohne Rücksicht auf die Organisation des Schulalltages in der DDR darüber entschieden hat, welche Tätigkeit der / die Einzelne künftig dauerhaft ausübt. All das sind Riesenhemmschuhe für die Durchmischung. Anders sah und sieht es bei der Schulverwaltung aus. Hier hat ein Austausch stattgefunden.

Erhard: In den Schulen im alten Westteil der Stadt sind wesentlich mehr Lehrkräfte aus dem alten Osten als umgekehrt. In den durchmischten Schulen gibt es bis heute viele Diskussionen, gegenseitigen Austausch, aber nach wie vor auch Unterschiede, die sich in der unterschiedlichen Sozialisation und der Lehrerausbildung begründen. Natürlich fragt man sich heute, ob nicht eine radikale Zwangsdurchmischung sinnvoll gewesen wäre. Aber sie war immer unrealistisch. So machte beispielsweise der damalige Innensenator Heckelmann einmal Ilse und mir den ernst gemeinten Vorschlag, alle drei Monate 1000 Lehrkräfte von Ost nach West und umgekehrt umzusetzen, so ähnlich wie es bei der Polizei realisiert worden war. Zum Glück konnten wir ihm deutlich machen, was das für die pädagogischen Prozesse in der Schule und auch für die Schülerinnen und Schüler bedeutet hätte.

Dieter: Ich denke, wir pflegen unsere Vorurteile über Ossis und Wessis. Aber Spaß beiseite. In Berlin haben wir uns zusammengerauft, eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen arbeitet erfolgreich in West-Bezirken und auch die West-Berliner Kolleginnen und Kollegen, die in den Ostteil gegangen sind, fühlen sich ganz wohl. Die Unterschiede aufgrund der Sozialisation werden bleiben. Es kommt nur darauf an, wie man damit umgeht. Wir haben da viel bessere Voraussetzungen durch den tagtäglichen Umgang als KollegInnen in den anderen Bundesländern.

Ein schönes Schlusswort. Ich danke euch dreien fürs Interview.

Mein eigenwilliges Gedächtnis

Spannende Tage an der Humboldt-Universität

von Larissa Klinzing, Abteilung Wissenschaft

Gibt es eine Erinnerungskultur Ost und eine andere West? Ich weiß es nicht. Ich hoffe nur, dass mein eigenwilliges Gedächtnis immer noch ein Teil des sozialen Gedächtnisses der Gesellschaft des nicht mehr existierenden Sozialismus auf deutschem Boden ist, die vor zwanzig Jahren ihre höchst bewegte und bewegende Zeit erlebte. Diese Zeit zwischen dem Herbst 1989 und dem Spätsommer 1990 bescherte mir einen Reichtum an gesellschaftspolitischen Erfahrungen, von dem ich niemals träumte und der mir und vielen anderen nicht genommen werden kann.

Damals hatte ich das einmalige Glück, eine offene Geschichte miterleben und eine Zeit lang mitgestalten zu können. In der Euphorie einer unerwarteten sozialen Bewegung haben wir den »aufrechten Gang« gelernt und uns die Zuversicht angeeignet, dass auch das Unmögliche aus eigener Kraft möglich sein kann.

Das Wintersemester an der Humboldt-Universität (HU) begann 1989 mit heftigen Debatten über die Massenflucht der DDR-BürgerInnen in den Westen und über die überfälligen Reformen in der DDR nach dem »Perestrojka«-Vorbild der Sowjetunion. Das war an der Uni nicht neu, aber dieses Mal sprengten sie die internen Zirkel der einzelnen Seminare oder der akademischen Beratungen der Lehrenden. Am 17. September 1989 fand durch »Mund-Propaganda« die erste Demo im Innenhof des Hauptgebäudes der Universität statt. An diesem Tag hörte ich zum ersten Mal den Begriff der Hochschulautonomie in einem für mich ganz neuen Kontext. Es hieß: Die Polizei durfte aufgrund der Hochschulautonomie nicht auf das Gelände der Uni. Na, so was!

In den Wochen danach gab es unzählige Diskussionsrunden und immer wieder neue Papiere: über den Dritten Weg, über die Medien und die Kulturpolitik, über die Bürgerrechte, die Rolle der Parteien und der Gewerkschaft, über die Frauendiskriminierungen in der Wissenschaft und viele Themen mehr. Wir gründeten die Initiative der »Humboldt-Frauen« und dann auch den Unabhängigen Frauenverband. Wir waren dabei, unsere eigene Zukunft in die Hand zu nehmen, eine neue, eine andere Gesellschaft zu werden. Der »normale« Uni-Betrieb war kaum noch möglich.

Wahrscheinlich war der breite gesellschaftliche Konsens über die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Veränderungen der Grund, warum die Angst

diese Aufbruchstimmung nicht vergiften konnte. Die Sorge um die verhafteten Demonstranten war natürlich präsent und das Gefühl, plötzlich im Polizeikessel – wenn auch durch Zufall – gelandet zu sein, gehörte nicht zu meinen Vorstellungen über die Revolutionsattribute.

Dennoch war die Großdemonstration am 4. November für mich das zentrale Erlebnis der Wendezeit. Es war nicht nur die erste von der Gewerkschaft der Medien angemeldete Demonstration in Berlin, deren Größe mich schon bei dem Anblick überwältigte, sondern auch eine unglaubliche Demonstration der Kraft der Teilnehmenden, die fast im Schweigemarsch mit dem Motto »Keine Gewalt« an den Sicherheitskräften vorbeiging. An diesem Tag wurde mir klar, dass diese Bewegung nicht zu stoppen sein wird. Inzwischen führte die Diskussion über die Rolle der Gewerkschaften auch in der Betriebsorganisation der HU zu einer massiven Forderung nach Einberufung des Gewerkschaftskongresses der Gewerkschaft Wissenschaft. Als erste Gewerkschaft im FDGB hat sie am 27. Januar 1990 die alte Leitung abgesetzt und in einer geheimen Wahl einen neuen Vorstand gewählt, die Abführung der Mitgliedsbeiträge an den FDGB gestoppt und einen demokratischen Erneuerungsprozess aus eige-



Larissa Klinzing

FOTO: PRIVAT

EIN GEWÖHNLICH UNGEWÖHNLICHER TAG

Der 9.11.89 war für mich ein ganz gewöhnlich ungewöhnlicher Tag. Ich hatte ein kleines Büro für ehrenamtliche Tätigkeit in Charlottenburg, saß am Schreibtisch mit vorsorglich eingeschaltetem Radio und staunte über das Unglaubliche. Dann ein Telefonanruf aus Paris. Mein Freund Jacques aus alten Basketball-Tagen in Paris: »T'as vu, le mur est tombé, c'est fou!« Verrückt schon, aber dass der erste Anruf mit Glückwünschen aus Frankreich kommt... Kurz darauf die Meldung im Radio: Der Regierende Bürgermeister ruft den Senat zu einer Sondersitzung ins Rathaus Schöneberg. Zufällig wusste ich, wo sich die Schulsenatorin Volkholz an diesem Abend aufhielt.

»Hallo, wieso ruft denn Du an?« – »Kann ich mal Sybille sprechen?« – »Naja, wenn's sein muss.« Es musste. »Du sollst in den Senat kommen.« – »Also, ich weiß schon selber, wann die Sitzungen sind, und um diese Uhrzeit?!« – »Die Mauer ist gefallen!« – »Willst Du mich ver...?« Etwas am Tonfall muss sie stutzig gemacht haben. »Mach doch mal Radio und Fernseher an.« Dann ging alles ganz schnell. Ich glaube, sie kam rechtzeitig zur Senatssitzung. Ich versuchte dann gegen Mitternacht, mit dem Motorroller den Ku-Damm zu queren. Erst am Adenauerplatz gelang es mir durch den Tunnel. Ein ganz gewöhnlicher Tag im November.

Gerhard Schmidt

DER REITENDE BOTE

Nach dem Fall der Mauer, als es darum ging, Kontakte schnell herzustellen und zu vertiefen, gab es eine Reihe schlecht lösbarer Probleme: Die Grenze war «offen», aber von Autos verstopft, die Telefonleitungen ständig besetzt, Telefone noch eine Rarität, ein sogenanntes Autotelefon kostete Zigtausende und war unhandlich, außerdem war auch dieses Netz schnell überlastet.

Die GEW brauchte aber ständigen Kontakt und vor allem Informationen über die »Einrichtungen«, also Kindergärten, Schulen, Hochschulen und die sich bildenden Gegenentwürfe, zur Gewerkschaft Unterricht und Erziehung (GUE) und zur Gewerkschaft Wissenschaft (GW). Da bot sich der Motorroller mitsamt ehemaligem Berliner Landesvorsitzenden als reitender Bote an.

Um an die Adressen zu kommen, musste man ein Telefonbuch haben. Im Osten war nicht ranzukommen, auf Westseite gab es eines, das nicht ausgeliehen werden konnte. Also mit Roller und Kleinkopierer auf dem Schoß ins Fernmeldeamt. Ein freundlicher Gewerkschaftskollege war zu finden und los ging die Kopiererei. Binnen zwei Tagen hatte Frankfurt alle Adressen und konnte sie sortiert in den Computer eingeben. Treffen mit KollegInnen der sich neu formierenden Gruppen waren ebenfalls schnell organisiert und Presseerklärungen der GEW landeten umgehend in großer Anzahl in den Fächern der schreibenden Zunft im Pressezentrum der DDR in der Mohrenstraße. Parken mit dem Roller, vorbeikommen an der langen Schlange wartender Autos an den Grenzstellen, übermitteln sensibler Informationen, alles kein Problem. Seinerzeit wusste keiner genau, inwieweit Verfassungsschutz und Stasi noch immer kontrollieren wollten und konnten. Es war eine Zeit des Aufbruchs. So viele neue Gesichter, so viele noch unbekannte Persönlichkeiten, so viele Ideen, so viel Improvisation. Eine schöne Zeit – und sie hält noch an, obwohl viele von uns das gar nicht mehr merken.



Gerhard Schmidt war Koordinator für den Aufbau der GEW in den neuen Ländern.

Gerhard Schmidt

- ner Kraft eingeleitet. Auf diesem stürmischen Kongress wurde ich zur 2. Vorsitzenden gewählt.

Für die neue Gewerkschaft standen zwei zentrale Herausforderungen auf der Tagesordnung: die reale Vertretung der materiellen Interessen der Beschäftigten und die Absicherung der neu gewonnenen demokratischen Rechte. Als wir uns an die Erarbeitung der neuen Satzung machten, war das

wichtigste Ziel, die Lehren aus der Vergangenheit aufzuarbeiten, alles zu tun, damit die reale Demokratie nicht wieder verloren geht. Besonders wichtig war uns die Regelung der Abwählbarkeit. Das Studium der Satzungen der DGB-Gewerkschaften und der Rat derer Vertreter waren sehr hilfreich, aber Aufarbeitung eigener Erfahrungen konnten wir nur selber machen. Unsere Hoffnung, gemeinsam eine Gewerkschaftsreform für den FDGB und den DGB und ihrer Mitgliedsgewerkschaften zu meistern, erwies sich leider schnell als unrealistisch. Die Entwicklungen innerhalb des FDGB, der sich inzwischen nach den Neuwahlen neu formierte und seine Unabhängigkeit von der SED bekam, waren zu unterschiedlich, um in solch einer kurzen Zeit zur Einigung zu kommen. Der DGB stand kurz vor seinem Kongress mit einem Personalwechsel an der Spitze und war mit dieser Aufgabe überfordert.

Als dann im März 1990 nach den Wahlen zur Volkskammer der DDR klar wurde, dass die Vereinigung durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland in Kürze kommt, machte ich für die Gewerkschaft der Wissenschaft (GW) den Vorschlag, dem DGB als Einzelgewerkschaft beizutreten. Die GW war schließlich die Gewerkschaft für alle Beschäftigten in Forschung und Lehre, einschließlich der Industrieforschung. Im Westen waren die Wissenschaftler und Hochschulangehörigen in der ÖTV, DAG und der GEW organisiert. Ich dachte, dass mit dem Erhalt einer Organisation auch der Organisationsgrad der Beschäftigten besser erhalten und eine Zerschlagung verhindert werden könnte. Postwendend kamen die Absagen von der ÖTV und der GEW. Damit war klar, wir müssen den schwierigeren Weg der Neuorganisation der KollegInnen in den verschiedenen Gewerkschaften gehen. Dabei unterstützten uns dann aber GEW und ÖTV tatkräftig, genauso wie bei der Sicherung der Interessen der Menschen aus der DDR nach dem Zusammenschluss.

In dieser Zeit und den Jahren danach sind viele Freundschaften entstanden und wir haben gelernt, die unterschiedlichen Erfahrungen als eine gemeinsame Basis für die Zukunft zu respektieren und zu nutzen. Und es ist gut so.



Wie neu ist die GEW BERLIN heute?

von Rose-Marie Seggelke, Vorsitzende der GEW BERLIN

Gut, dass sich diese Ausgabe der blz an die Ereignisse vor zwanzig bzw. neunzehn Jahren zurückerinnert. Aber aus meiner Sicht reicht das nicht aus. Wir müssen ehrlich und offenen Zeugnis darüber ablegen, wo wir heute stehen.

Bianka Tiedtke hat in ihrem Standpunkt vom Dezember 1990 die Forderung aufgestellt, die GEW müsse sich von ihrem Selbstverständnis als Lehrgewerkschaft verabschieden und zu einer Gewerkschaft für alle im Bildungsbereich Beschäftigten werden. Ich meine, auf diesem Weg war die GEW BERLIN damals schon. Wir hatten sowohl im Kitabereich als auch an den Hochschulen bereits eine große Zahl von Mitgliedern. Wir sind diesen Weg beharrlich weitergegangen, organisieren jetzt viele Menschen, die in der Jugendhilfe und Sozialarbeit oder als unterrichtsnahes Personal an Schulen tätig sind. Hier sind wir noch besser geworden, als wir es damals schon waren. Wegbereiter für diese Entwicklung war allerdings weniger die Wiedervereinigung als die Gründung der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

Zugegeben, nach der Auflösung der GUE im Oktober 1990 haben wir eine große Zahl von neuen Mitgliedern aufgenommen, aber viele von ihnen sind nicht lange geblieben. Sie sind wieder ausgetreten, weil sie verbeamtet wurden oder weil ihnen die GEW BERLIN politisch zu links orientiert war. Atomausstieg oder die Friedensbewegung waren nicht die Themen unserer Mitglieder im ehemaligen Ostberlin. Das unterscheidet auch heute noch viele Mitglieder in Ost und West.

Bianka setzt 1990 auf die Diskussion und Umsetzung von Reformansätzen in der Berliner Schule. Auch hier sind wir in vielen Punkten weiter als 1990. Schulen in Ost und West haben sich zu Gemeinschaftsschulen entwickelt, jahrgangsübergreifendes Lernen wird praktiziert und die Integration / Inklusion vorangetrieben. Trotzdem gibt es gerade im letzten Punkt immer noch erhebliche Unterschiede zwischen Ost und West. Während im Bezirk Spandau für gerade mal 5 Prozent der SchülerInnen sonderpädagogischer Förderbedarf diagnostiziert wird, sind es in Marzahn-Hellersdorf 13 Prozent. Diese SchülerInnen werden in Spandau überwiegend in allgemeinbildenden Schulen integriert, aber in Marzahn-Hellersdorf in Sonderschulen untergebracht. Wenn wir als GEW BERLIN unser Ziel nicht aus den Augen verlieren wollen, eine Schule für alle umzusetzen, müssen wir die Sonderschule, insbesondere für lernbehinderte und verhaltensauffällige SchülerInnen, endgültig aufgeben. Hier ist noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Bianka fordert, dass Mitglieder unsere Gewerkschaft nicht als Service-Unternehmen wahrnehmen sollen, sondern ihre Interessen selbst vertreten müssen. Hier liegt in Ost und West noch vieles im Argen.

Zum Schluss: Um den Erhalt von Arbeitsplätzen müssen wir heute als GEW BERLIN nicht mehr kämpfen – es gibt weder ausreichend Lehrkräfte noch sozialpädagogisches Personal für die Bildungseinrichtungen –, aber die Durchsetzung tarifrechtlicher Forderungen steht nach wie vor ganz vorn auf unserer Prioritätenliste.

die neue GEW

Nach dem vorübergehenden Nebeneinanderbestehen der beiden Bildungsgewerkschaften GEW und GUE in Berlin hat die Gewerkschaft Unterricht und Erziehung (GUE) mit dem 31.10.1990 aufgehört zu existieren. Die GEW BERLIN muß nun innerhalb kürzester Zeit eine arbeitsfähige gewerkschaftliche Organisationsstruktur schaffen, um die Interessen der im Bildungsbereich Beschäftigten beim immer noch chaotischem Zusammenwuchern der unterschiedlichen Bildungssysteme vertreten zu können. Gleichzeitig steht aber auch der Abschied von der „Lehrgewerkschaft GEW“ an, denn in stärkerem Maße als vorher wird die GEW alle Beschäftigten organisieren, die vom Kindergarten bis zur Hochschule für die Erziehung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen Verantwortung tragen.

Welche Konsequenzen dies alles für die GEW BERLIN haben wird, deutet Erhard Laube an, wenn er in der blz 7-8/90 schreibt, daß die „Herausbildung einer neuen, völlig anderen Identität“ anstünde.

Daß hier notwendigerweise eine neue Qualität entstehen muß, ließ sich schon in unseren allerersten Begegnungen im Dezember/Januar absehen. Hier stießen elementar und unvermittelt zwei völlig verschiedene Welten aufeinander: Während wir „DDRler“ mit der „Entstalinisierung“ des Bildungssystems der DDR und der kritischen Abkehr von der GUE mit ihrer vierzigjährigen systemstabilisierenden Vergangenheit befaßt waren, steckten die „Wessis“ von der GEW in der x-ten Woche ihres Kita-Streiks und führten Diskussionen um die Novellierung des Schulverfassungsgesetzes.

Das übermaß an Problemen hat uns sehr schnell zur gemeinsamen Arbeit geführt. Dabei geht es um so verschiedene Fragen wie die Verhinderung des Abbaus von Kindereinrichtungen, die per Ministerverordnung installierten Schulkonferenzen oder um die zur Zeit anstehenden Personalratswahlen. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß die gemeinsame Bewältigung aktueller Tagesaufgaben nicht gleichbedeutend ist mit der grundlegenden Besinnung auf die jeweils eigene Geschichte und der notwendigen Bestimmung gemeinsamer Grundpositionen für die politische Gestaltung der künftigen gesellschaftlichen Verhältnisse im geeinten Berlin. Wir stehen vor der Aufgabe, bei den neuen GEW-Mitgliedern ein mit den alten Traditionen brechendes Verständnis für gewerkschaftsarbeit zu entwickeln, das mehr denn je Eigeninitiative und die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung erfordert.

Die Haltung der neuen gewerkschaftsmitglieder zur gewerkschaftsarbeit, ihr Verständnis von



gewerkschaftsarbeit stellt sich gegenwärtig sehr unterschiedlich dar. Sie reicht von absoluter Resignation gegenüber allen anstehenden pädagogischen und sozialen Problemen, über Forderungen, ohne eigenes einzubringen, bis hin zu sehr aktivem und aufgeschlossenem Handeln.

In den ersten Monaten des Jahres 1990 schien es, daß sich an den Schulen, Hochschulen, Universitäten, Instituten und in den Kindergärten eine Öffnung für die Reformpädagogische Diskussion vollzieht. Leider bleibt gegenwärtig nur festzustellen, daß die Breitenwirkung dieser Diskussion ausblieb. Die Mehrheit wartet heute wie vor der Wende auf Direktiven. Es hat den Anschein, daß in der breiten Masse der Kollegien Bewußt vermieden wird, über das Problem „Bildung und Erziehung vor der Wende“ zu reden. In den vielen Veranstaltungen, die wir gegenwärtig an der Basis durchführen, zeigt sich immer deutlicher, daß die Chance, daß sich die Schulen von innen heraus neu definieren, daß sie für sich neue Wege finden, nur wenig genutzt wird.

Inhaltlich darf unsere gewerkschaftsarbeit in den nächsten Wochen nicht nur vom Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze und der Durchsetzung tarifrechtlicher Forderungen geprägt sein. Wollen wir die Hoffnung der Novemberbewegung des Jahres 1989 auf einen Neuanfang wenigstens in unserem Wirkungsbereich nicht dem neuen großdeutschen Marktwirtschaftlichen Zeitgeist opfern, so müssen wir uns gleichermaßen mit den grundlegenden Fragen der Reform der Schule befassen. Das erfordert auch die ernsthafte Neubestimmung unseres Verständnisses von Bildung und Erziehung in der auf uns zukommenden Gesellschaft. Dabei sollte allen gewerkschaftsmitgliedern Bewußt sein, daß die GEW kein Service-Unternehmen ist. Die GEW wird nur dann auf politische Entscheidungen einfluß nehmen, pädagogische oder tarifrechtliche Forderungen durchsetzen können, wenn die Mitglieder ihre Interessen selber vertreten. Das gewerkschaftssystem funktioniert nur durch gemeinsames Handeln.

Bianka Tiedtke,
referentin Ref. B



Lotterie ersetzt keine Schulpolitik

Wie kann ein »gerechtes« Anmeldeverfahren aussehen?

von Ulrich Meuel, stellvertretender Schulleiter der Fritz-Karsen-Schule

Eine einmalige Koalition tut sich auf: Philologenverband, Verband der Oberstudiendirektoren und GEW-Schulleitervereinigung lehnen zusammen die Pläne des Berliner Senats zum Aufnahmeverfahren an der integrierten Sekundarschule bzw. am Gymnasium ab. Man sollte vorsichtig sein – leicht erhält man Beifall von der »falschen« Seite -, aber es darf keine Zustimmung zu diesen Plänen geben. Da das System an sich ungerrecht ist, kann es keine gerechte Auswahl der SchülerInnen nach der 6. Klasse geben. Da jede Auswahl an sich den selektiven Charakter des Systems ver-

stärkt, kann sie nicht gerecht sein. Schon damit gerät man in fundamentalen Gegensatz zu den selbst ernannten Rettern des Gymnasiums. Aber was tun, wenn es ab 2010 ein zweigliedriges Schulsystem gibt? Denkbar sind meines Erachtens nur zwei Verfahren:

Erstens: Eine grundsätzliche Orientierung an den Noten (»Bayrisches Modell«). Das ist zwar nicht sozial und verstärkt das Ausleseprinzip des deutschen Schulsystems, aber es wäre nachprüfbar und würde verhindern, dass »Pseudogymnasien«, also Schulen, deren Schülerschaft längst nicht mehr dem klassischen Gym-

nasialstandard entsprechen, die letzten begabten SchülerInnen herausfiltern und die Sekundarschulen zur Restschule werden lassen. Dann müsste man aber auch den politischen Mut haben, diese »Pseudogymnasien« zu dem umzuwandeln, was sie de facto jetzt schon sind, nämlich zu Sekundarschulen. Warum beantragen diese Schulen eigentlich nicht, Gemeinschaftsschulen zu werden?

Zweitens: Eine grundsätzliche Orientierung am Elternwillen, d. h. alle Kinder können an jeder Schule angemeldet werden und die Schule entscheidet bei zu vielen Anmeldungen nach Profil und Eig-



FOTO: PRIVAT

nungsgespräch. Das macht aber nur Sinn, wenn alle Schulen vom System her gleich sind, d.h. ein einheitliches Schulsystem existiert. Der Schulträger könnte Auswahlprinzipien wie Wohnortnähe oder soziale Ausgewogenheit formulieren. Dabei meint einheitliches Schulsystem nicht eine »Einheitsschule«, sondern eine »Schule für Alle«. Im Idealfall wäre jede Schule ein Unikat, orientiert an den Bedürfnissen der jeweiligen Schülerschaft. Um gleich mit einem Vorurteil aufzuräumen, könnte es natürlich auch Schulen mit altsprachlicher oder musikbetonter Ausrichtung geben. Der Untergang des Abendlands wäre damit eben noch verhindert worden.

Die Folgen des Losverfahrens

Was ist aber das Problem beim Losverfahren? Schulen mit attraktivem Profil und einem Überhang an Bewerbungen werden letztendlich für diesen Erfolg »bestraft«. Im Falle der Fritz-Karsen-Schule oder anderer erfolgreicher Gesamtschulen könnte ein grundsätzliches Losverfahren die Zusammensetzung der Schülerschaft so verändern, dass das Profil und damit letztendlich der Schulerfolg gefährdet wäre. »Gerechtigkeit« würde in unserem Fall den Standard verschlechtern und – wenn man weiter denkt – die Zahl der Anmeldungen verringern. Letztendlich wären dann alle Schulen gleich schlecht und alle Bemühungen, auf Schulebene innovativ zu arbeiten, obsolet. Das Losverfahren ist also gut gemeint, weil es das Gymnasium als Institution der sozialen Auslese schwächen soll, aber es ist fatal in seinen Konsequenzen.

Was muss man daraus ableiten?

Erstens: Das Probejahr ist genauso unsozial wie das Probehalbjahr. Es führt zu massiven Misserfolgserlebnissen, Klassenauflösungen nach Klasse 7 an Gymnasien und Neugründungen an Sekundarschulen und verringert die Durchlässigkeit des Bildungssystems. Ein Abschied sollte grundsätzlich unterbunden sein. Wir kennen die Konsequenz dieses Systems in Neukölln als »Rüttli-Effekt«. In letzter Konsequenz ist das Probejahr der Sargnagel der meisten Sekundarschulen.

Zweitens: Das Grundschulgutachten ist mit geringer Treffsicherheit behaftet. Al-

le Untersuchungen zeigen den sozialen Auslesecharakter dieser Gutachten. Bildungsbürgerliche Eltern setzen sich noch immer durch und auf der Strecke bleiben die Kinder aus bildungsfernen Schichten. Gerechter als ein Gutachten wäre allemal ein Lossystem.

Drittens: Alle Schulen sind formal gleichzustellen. Gute Schulen haben mehr Zulauf und damit die Chance, ein attraktives Schulprofil zu entwickeln. Schulen in sozialen Brennpunkten müssten personell und sachlich besser ausgestattet sein.

Viertens: Der Schulträger formuliert Grundsätze zur sozialen Ausgewogenheit der Schüleraufnahme. Die viel gescholtene Wohnortnähe ist dabei durchaus ein Kriterium.

Fünftens: Warum hat sich immer noch nicht das Prinzip durchgesetzt, dass die Schule für die SchülerInnen da ist und nicht umgekehrt? Bis jetzt ist es immer noch so, dass das Gymnasium das Privileg hat, sich seine SchülerInnen auszusuchen und die anderen Schulen den »Rest« bekommen. Gemessen daran ist das Gymnasium nicht sonderlich erfolgreich.

Warum sind Länder wie Kanada oder Finnland, deren Bildungssysteme die SchülerInnen kaum selektieren, im PISA-Ranking der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erfolgreicher als die Bundesrepublik? Als Argument für die Selektion wird oft auf Bildungserfolge in Sachsen oder Bayern, die weiter an einem zwei- oder dreigliedrigen Schulsystem festhalten, verwiesen. Wenn man aber über neun Prozent eines Schülerjahrgangs auf die Sonderschulen schickt (wie in einem dieser beiden Bundesländer geschehen), in denen keine PISA-Tests durchgeführt werden, dann ist es verhältnismäßig leicht, einen Spitzenplatz im PISA-Ranking zu erreichen.

Der nächste Schritt: die Zweigliedrigkeit

Was heißt das in der aktuellen Diskussion? Die Losquote ist gut gemeint, hat aber nicht die gewünschte Wirkung. Im Gegenteil, sie zementiert ein ungerechtes Bildungssystem. Sie ist letztendlich nichts anderes als ein Rettungsprogramm für das Gymnasium. Das Probejahr muss ganz abgeschafft werden, die »Pseudogymnasien« müssen in Sekundarschulen umgewandelt und auf die Losquote muss verzichtet werden. Das gilt, wenn man die Zweigliedrigkeit als Zwischenschritt akzeptiert.

BEWEGUNG IN DER DISKUSSION

Die Anhörung im Bildungsausschuss Anfang Oktober hat Bewegung in die Diskussion um den Zugang zum Gymnasium und zur Sekundarschule gebracht. Die SPD ist vom Probejahr an Gymnasien abgerückt. Die Linke war von Anfang an dagegen, hatte sich aber der Koalitionsrason gebeugt. Auch die Bündnisgrünen (die die Regierungskoalition gerne in die Strukturreform einbinden möchte) hatten sich klar dagegen ausgesprochen.

Zur Debatte steht jetzt eine Aufwertung des Grundschulgutachtens, wie sie im August bereits vom Rat der Bürgermeister vorgeschlagen wurde. Damit verlöre automatisch der Elternwille an Bedeutung. Die konkrete Umsetzung steht noch nicht fest; in der Diskussion sind ein strenger Numerus Clausus und eine Aufnahmeprüfung am Gymnasium. Als Vorschlag eingebracht wurde auch die Teilnahme an einem mehrtägigen Probeunterricht. *blz-Redaktion*

Nachtrag: Die SPD ist nun doch nicht vom Probejahr an den Gymnasien abgerückt. Ein Schritt vor, ein Schritt zurück – SPD-Politik.

Letztlich aber geht es um eine »Schule für Alle«, d.h. um die Überwindung der jetzigen Schulformen einschließlich des Gymnasiums. Die erfolgreiche Arbeit der neuen Gemeinschaftsschulen zeigt die Zukunftsperspektive auf. ■

Ulrich Meuel ist stellvertretender Schulleiter und Mitglied im Vorstand des VBS sowie seit 1975 Gesamtschullehrer aus Überzeugung.



INKA – Inklusive Schulen auf dem Weg

Modellprojekt zur Inklusion

von Helmut Meschenmoser, wissenschaftliche Begleitung von INKA



FOTO: PRIVAT

Seit Jahresanfang ist die UN-Konvention für Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen in Deutschland gültiges nationales Recht. Die GEW hat dazu ein staatsrechtliches Gutachten veröffentlicht (siehe Kasten mit Links). Die KMK wird einen Masterplan zur Anpassung des Bildungssystems vorlegen und alle zwei Jahre Bericht erstatten. Das Sonderschulwesen muss reduziert und die frei werdenden Ressourcen sollen zu einem weiteren Ausbau des gemeinsamen Unterrichts verwendet werden. Der Prozess der Verbesserung der Chancengleichheit von Menschen mit Behinderungen wird schließlich kontinuierlich von internationalen Beobachtern überprüft.

In Berlin liegen verschiedene Ansätze zur Realisierung der UN-Konvention vor. Das Projekt »INKA – Inklusive Schulen auf dem Weg« hat zum Schuljahresbeginn in Marzahn-Hellersdorf mit sechs Grundschulen begonnen. Die Projektarchitektur von INKA könnte auch für andere regionale Projekte in Berlin Impulse geben.

Sonderschulzuweisung über den Wohnort

In Berlin haben derzeit knapp über 6 Prozent aller SchülerInnen einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Zwei Drittel dieser Kinder im Grundschulalter werden zwar im gemeinsamen Unterricht an Grundschulen beschult. Die berlinweiten statistischen Werte täuschen jedoch über erhebliche Disparitäten zwischen den Verwaltungsbezirken. Ein Vergleich zwischen den Bezirken Marzahn-Hellersdorf und Spandau veranschaulicht dies. So wird in Marzahn-Hellersdorf wie auch in den anderen Regionen des ehemaligen Ostteils von Berlin deutlich mehr Kindern sonderpädagogischer Förderbedarf zugeschrieben und diese schon mit der Einschulung an Sonderschulen ausgesondert. Aus einem kontinuierlichen Anstieg resultiert in Marzahn-Hellersdorf

ein extrem hoher Anteil von nahezu 13 Prozent; jedes achte Schulkind hat dort einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Rund 80 Prozent dieser Kinder werden in Sonderschulen unterrichtet. Im Vergleich zum Bezirk Spandau ergibt sich ein Faktor 5, es werden also in Marzahn-Hellersdorf fünfmal so viele Kinder an Sonderschulen überwiesen. Das heißt auch, dass unter Umständen bei einem Zuzug nach Berlin Kinder mit vergleichbaren Lernständen in Spandau relativ unauffällig einen Schulabschluss in einer allgemeinen Schule erlangen, während sie in Marzahn-Hellersdorf in einem Förderzentrum mit dem Schwerpunkt Lernen beschult werden. Mit dieser Diskriminierung ist zugleich eine deutliche Beeinträchtigung der Chancengleichheit verbunden, die letztendlich auch mit Blick auf die UN-Konvention dringender Abhilfe bedarf.

Das Prinzip von INKA

Mit dem Berliner Schulgesetz von 2004 hat jede Grundschule für die Schuleingangsphase unter anderem sonderpädagogische Ressourcen erhalten, für die im Gegenzug keine SchülerInnen mehr mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Lernen und im emotional-sozialen Bereich an Sonderschulen überwiesen werden. INKA geht darüber hinaus. In der Region Hellersdorf-Nord läuft nunmehr im Rahmen von INKA eine Sonderschule aus und freiwerdende personelle Ressourcen werden sukzessive den Grundschulen im Einzugsbereich der Sonderschule in den kommenden Jahren zugewiesen. Mit Schuljahresbeginn 09/10 erhalten also die INKA-Grundschulen aufbauend auf die Schuleingangsphase für die dritten Jahrgänge zusätzlich sonderpädagogische Ressourcen, in den darauf folgenden Schuljahren wächst das Projekt in die höheren Jahrgänge und die Sonderschule wird vollständig aufgelöst. Die INKA-Schulen verzichten dafür auf Feststellungsver-

fahren sowie auf eine Aussonderung in Förderzentren. Dies geschieht in Anlehnung an das »Bremer Modell«, wie es im Gutachten von Klemm/Preuss-Lausitz 2008 für das Land Bremen modelliert wurde (siehe Kasten).

Die Strukturelemente von INKA

Über das »Bremer Modell« hinaus bedarf es einer spezifischen Projektarchitektur, die auf eine systematische Regionalentwicklung zielt. So geht es bei INKA einerseits um die Entwicklung der Förderfähigkeit der allgemeinen Schulen, andererseits um die Vernetzung regionaler Dienste der Jugendhilfe, Gesundheit und im Bildungsbereich. Die Projektschulen sind also auf dem Weg zu inklusiven Schulen, einem längerfristig angelegten Vorhaben, dass auch von vielen Bedingungen beeinflusst wird, die nicht allein in der Hand der beteiligten KollegInnen liegen. Mit Unterstüt-

LINKS ZUR INKLUSION

Pfadfinder zur Inklusion der GEW
http://www.gew.de/Inklusion_3.html

Gutachten »Recht auf Bildung« von Poscher/Langer/Rux 2008
http://www.gew.de/Binaries/Binary39785/Recht%20auf%20Bildung%20MTS_011208.pdf

Gutachten zum Stand und Perspektiven Sonderpädagogischer Förderung in Bremen von Klemm/Preuss-Lausitz (2008)
<http://www.bildung.bremen.de/fast-media/13/Bremen%20Wv%20End%201-11%20End.pdf>

Zeitschrift für Inklusion
<http://www.inklusion-online.net/>

INKA-Homepage
<http://www.wir-in-Berlin.de/INKA>

zung des Stadtrats für Bildung, Finanzen und Sport, Stefan Komoß, wird in jeder Schule eine INKA-Werkstatt eingerichtet, die alle Bestrebungen zur Individualisierung bündelt. Betreut wird die INKA-Werkstatt durch INKA-PädagogInnen, die den Schulen mit Schuljahresbeginn zusätzlich zur Verfügung stehen. Die Koordination der INKA-Modellregion wurde zwei Sonderpädagoginnen anvertraut, die über umfassende Erfahrungen in der Kooperation von Schule und Jugendhilfe verfügen. Diese INKA-Regionalkoordinatorinnen unter-

stützen unter anderem das Fallmanagement und moderieren den regionalen Austausch im INKA-Plenum und in der INKA-Regionalkonferenz.

Zweifellos ist für das Gelingen von INKA die Personalentwicklung von großer Bedeutung. Deshalb sind zwei Kolleginnen des regionalen Fortbildungszentrums als »INKA-Moderatorinnen für Fortbildungen« tätig. Sie unterstützen einerseits die schulinterne Fortbildung an den Projektstandorten, andererseits beraten sie zu Fragen der individuellen Fortbildung der INKA-Pädagoginnen.

Schließlich wird INKA wissenschaftlich begleitet. Derzeit wird in der Modellregion die Ausgangslage ermittelt und in jeder Schule die erste Phase der Projektentwicklung für einen ersten Projektbericht skizziert.

Die GEW lädt alle an Inklusion interessierten KollegInnen zu einer **Diskussionsveranstaltung am 25. November 2009 um 18 Uhr** in die Ahornstr. 5 ein. Damit wird eine Veranstaltungsreihe gestartet, die sich mit Ansätzen zur konkreten Realisierung von Inklusion im Bildungsbereich befasst. ■

Der Freiheit eine Gasse

Die Bildungsverwaltung lockert den Maulkorb

von Peter Sinram, Pressesprecher der GEW

Wir haben zwei Herren zu danken, dem leitenden Oberschulrat in Friedrichshain-Kreuzberg, Gerhard Schmid, und dem Abgeordneten der Bündnisgrünen, Özcan Mutlu. Der erste ist nebenher noch Regionalbeauftragter für Berlin und Brandenburg des »Bundes Freiheit der Wissenschaft«. In dieser Funktion hat er sich im Februar 2009 sehr deutlich geäußert zur Schulstrukturreform in Berlin. Dabei fielen klare Worte, er nannte er die Reform ein »linkes Bildungsexperiment«. Dazu kamen so nette Vorschläge wie die nach der Schaffung weiterer grundständiger Gymnasien und Realschulen(!) und die Forderung, Kinder mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen deutschen Familien nur auf eigens zu schaffende »Gymnasien besonderer pädagogischer Prägung« zu lassen.

Das rief Özcan Mutlu auf den Plan. Er wiederum ist bildungspolitischer Sprecher der Bündnisgrünen, aus Kreuzberg stammend und Gerhard Schmid in in- niger Feindschaft verbunden. Mutlu nutzte die Steilvorlage aus und richtete am 20. August 2009 eine kleine Anfrage an das Abgeordnetenhaus mit dem don- nernden Titel »Ist Sch. als Oberschulrat tragbar?«. Er zitierte genüsslich darin die von ihm als »reaktionär« bezeichneten Äußerungen und fragte schließlich nach, ob die Verwaltung nicht der Mei-

nung sei, Herrn Schmid von seinem Po- sten zu entbinden und ihm ein anderes Aufgabengebiet zu geben.

Feine Unterschiede

Bingo! Nun hatte die Verwaltung ein Problem. Natürlich kann man Gerhard Schmid nicht von diesem Posten verja- gen – das wäre rechtlich schwierig, wenn nicht unmöglich und hätte ihn außer- dem in die schöne Position des Märty- rers gebracht; »Zöllner macht Kritiker mundtot« – solche oder ähnliche Schlag- zeilen hätte man in der Beuthstraße nicht gerne gelesen. Also setzt die Ant- wort auf die kleine Anfrage auf den fei- nen Unterschied zwischen Beamten und Privatperson. »Herrn Sch. steht insoweit das Grundrecht der freien Meinungsäu- ßerung nach Artikel 5 des Grundge- setzes zu. Dennoch müssen sich Beamte auch außerhalb des Dienstes mit poli- tischen Äußerungen zurückhalten, ins- besondere bei Meinungsäußerungen, die das eigene Tätigkeitsfeld betreffen. Die Äußerungen von Herrn Sch. sind als Mei- nung zu bildungspolitischen Fragen im Rahmen der Publikation eines Verbandes zu werten.«

Zur Erinnerung: Vor einigen Jahren hat der damalige Senator Klaus Böger eini-

gen Schulleitern aus dem Bereich der berufsbildenden Schulen disziplina- rische Vorermittlungen angedroht, weil sie – auch wiederum im Rahmen einer Verbandstätigkeit – vehement kritisiert hatten, dass an den OSZ das unterrichts- nahe Personal weggehauen wird. Was noch nicht einmal eine ätzende Kritik war, sondern eine stadtbekannte Tatsa- che. Unser Kollege Pit Rulff stand ganz oben auf der »Bösen-Liste«. Das Echo in den Medien war damals für Böger ver- heerend; still und heimlich (und klein- laut) wurde alles eingestellt.

Solche Ängste braucht jetzt niemand mehr zu haben. Der letzte Satz in der Antwort zeigt zwar noch einmal die In- strumente: »Je nach Abwägung zwischen der Meinungsfreiheit und der beamten- rechtlichen Treue- und Zurückhaltungs- pflicht sind gegebenenfalls dienstrecht- liche Konsequenzen in Erwägung zu zie- hen.« Wenn aber die Äußerungen von Herrn Schmid, mit denen er die Schulst- rukturreform in die Tonne kloppt, hoch- offiziell als tolerabel erklärt werden – dann sind die Grenzen für kritische Mei- nungen sehr, sehr, sehr weit gezogen.

Also: Schulleiterinnen und Schullei- ter, Kolleginnen und Kollegen – traut Euch! Keine Angst mehr vor dem Maul- korb; hinter die »Lex Schmidt« kann die Verwaltung jetzt nicht mehr zurück. ■

Teachers First

Über die Einstellung der sogenannten Fellows wird heftig gestritten

zusammengetragen von der blz-Redaktion

In der Oktober-blz hatten wir über die Position des GEW-Landesvorstandes zur Einstellung von sogenannten Fellows im Rahmen des First-Teach-Programms berichtet. Der Landesvorstand steht diesem Programm außerordentlich kritisch gegenüber und befürchtet eine weitere Dequalifizierung der pädagogischen Tätigkeit. Wenn jedoch Schulen nach ausreichender Information durch den Personalrat und nach einem Votum der Gesamtkonferenz Fellows trotzdem einstellen wollen, sollte auch, so lautet die Empfehlung des Landesvorstandes, der örtliche Personalrat zustimmen.

Wenn ein Personalrat eine vorgelegte Maßnahme ablehnt, hat die Dienststelle zwei Möglichkeiten. Sie kann die Ablehnungsgründe für unbeachtlich erklären und die Maßnahme vollziehen. Oder sie kann ein Einigungsverfahren betreiben. Beides ist bei den Ablehnungen nicht geschehen; die Vorlagen wurden zurückgezogen. Man kann nur darüber spekulieren, warum die Dienststelle eine rechtliche Auseinandersetzung scheut. Inzwischen sind allerdings die meisten der dreißig Fellows an den Schulen untergebracht worden. Hier einige Kurzberichte und Argumente zum unterschiedlichen Stand der Dinge in den Bezirken.

Spandau: Zustimmung nach Votum der GK

Der Personalrat Spandau hat Wert darauf gelegt, zu allen Gesamtkonferenzen an den Schulen eingeladen zu werden, die einen Fellow beschäftigen wollen. Die Personalratsmitglieder informierten das Kollegium und beantworteten Fragen zu »Teach First«. Dieser Tagesordnungspunkt dauerte 30 bis 60 Minuten. Danach verabschiedeten sich die Personalräte. Sie erhielten aber später per Fax das Protokoll mit dem Abstimmungsergebnis der Gesamtkonferenz. War das Abstimmungsergebnis mehrheitlich für die Fellows, stimmte auch der Personalrat den Einstellungen zu. Alle Schulen haben versichert, dass

die Fellows nur zusätzlich an den Schulen arbeiten und keinen Regelunterricht übernehmen.

Mitte: Erst Zustimmung, dann Ablehnung

Anfang Juli wurden dem Personalrat (PR) erste Mitbestimmungsvorlagen für die Eingliederung von Fellows vorgelegt. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Diskussionen bei den Personalräte erst begonnen. Klar war, dass nach Ansicht der PR vor einer Eingliederung zumindest die Gesamtkonferenzen der Schulen zustimmen sollten. Nachdem von der Behörde betont wurde, dass die Fellows nicht im Regelunterricht eingesetzt und nur zu Vertretungen herangezogen werden, hat der PR den Einstellungen zugestimmt. Im September wurde ein weiterer Fellow zur Eingliederung vorgelegt. Hier hat der PR Mitte unter Verweis auf die erheblichen finanziellen Mittel (insgesamt 120.000 Euro), die dadurch gebunden wären und nicht für Vertretungszwecke zur Verfügung stünden, abgelehnt. Wesentlich für diese Position war auch, dass der Leiter der Abteilung I, Erhard Laube, in einem Brief an die Schulleitungen Anfang September 2009 deutlich machte, dass PKB-Mittel überwiegend zu Vertretungszwecken eingesetzt werden sollten und knapper würden. Die Eingliederung wurde nicht vollzogen. Erst dann stellte sich heraus, dass dieser Fellow noch in einem nicht beendeten Mitbestimmungsverfahren in Tempelhof-Schöneberg »steckte«.

Kreuzberg: Grundsätzliche Ablehnung

Senator Zöllner hat für dieses Schuljahr 970.000 Euro (aus PKB-Mitteln) für die Bezahlung der Praktikantinnen zugesagt; da es sich um zweijährige Einsätze handelt, ist mindestens der gleiche Betrag für das kommende Schuljahr fällig.

Falls es Mittel im Schuletat gibt, die nicht ausgeschöpft werden, wären di-

verse Verwendungszwecke denkbar, die zur elementaren Sicherung des Unterrichts- und Erziehungsauftrags der Schule notwendig sind: zum Beispiel Verträge für VertretungslehrerInnen, die wenigstens für ein Schulhalbjahr einen kontinuierlichen Unterricht ohne Lehrerwechsel ermöglichen; Aufstockung der Stellen für SonderpädagogInnen entsprechend dem Bedarf; Ermäßigungsstunden für die Kollegien, die die neue Sekundarschulreform umsetzen sollen; Einrichtung eines Vertretungspools für langfristig erkrankte ErzieherInnen – nur wenige Beispiele, die Liste ließe sich aber ohne Weiteres verlängern. Spielraum für die Finanzierung zusätzlicher Programme privater Institutionen ist dabei nicht erkennbar. Deshalb lehnt der Personalrat Kreuzberg grundsätzlich die Einstellung der sogenannten Fellows ab.

Tempelhof-Schöneberg: Ablehnung

Der Personalrat Tempelhof-Schöneberg hat die drei vorgelegten Teach-First-Maßnahmen abgelehnt: Die Verwendung von PKB-Mitteln zur Finanzierung der Fellows hält der PR für eine Zweckentfremdung der Mittel für Vertretungsbedarf. Die Eingliederung der »Fellows« wird mit rund einer Million Euro jährlich aus dem Topf der PKB-Mittel finanziert. Diese Vertretungsmittel brauchen die Schulen dringend für unbefristete Stellen. Mit dem Geld für Teach First könnten 20 dringend benötigte und voll ausgebildete Lehrkräfte eingestellt werden. Außerdem ist nicht nachzuvollziehen, dass Fellows ohne pädagogische Laufbahnbefähigung längerfristige Verträge (zwei Jahre) erhalten als voll ausgebildete Lehrkräfte. Dass ein Teil der PKB-Gelder nicht ausgegeben wird, liegt an dem Modell der Personalkostenbudgetierung selbst. Ausgebildete Lehrkräfte sind an kurzfristigen Vertretungen weniger interessiert als an unbefristeten Stellen. Deshalb stehen viele nicht in der Vertreterdatenbank. ■

Lehrkräfte zum Billigtarif

Frauenvertreterinnen wenden sich gegen Dequalifizierung des LehrerInnenberufs

von Bärbel Lange, Frauenvertreterin und stellv. Vorsitzende der GEW in Reinickendorf

Allen Mahnungen und Forderungen der GEW zum Trotz ist das deutsche Bildungswesen seit Jahren chronisch unterfinanziert. Die Folgen daraus, vor allem die schlechten Lernergebnisse in internationalen Vergleichsuntersuchungen, werden in Form von Schuldzuweisungen den Lehrkräften angelastet.

Eine immer größer werdende Zahl von Stellen kann nur noch unter großen Schwierigkeiten durch berufsfremde SeiteneinsteigerInnen oder unvollständig ausgebildete Lehrkräfte besetzt werden. Was im Rahmen des Einsatzes von 1-Euro-Jobbern nur unter der Hand geschehen durfte, nämlich unzureichend ausgebildete Personen in den Kernbereichen von Schule eigenverantwortlich einzusetzen, geschieht nun offiziell legalisiert von der Verwaltung. Das aber kann keine Lösung sein; es verbietet sich sogar, denn es bedeutet eine Entprofessionalisierung, Dequalifizierung und Prekariisierung des Berufs der LehrerInnenberufes. Deshalb wandten sich alle Frauenvertreterinnen in den Außenstellen der Senatsbildungsverwaltung und der zentral verwalteten und beruflichen Schulen im Juni in einem Offenen Brief an die breite Öffentlichkeit, die Bildungsverwaltung und die Berliner Politik.

Offener Brief der Frauenvertreterinnen

»Keine Dequalifizierung des Berufs der Lehrerin und des Lehrers! Über 70 Prozent aller Lehrkräfte an den Berliner Schulen sind weiblich. Als Frauenvertreterinnen haben wir einen detaillierten Einblick in die laufenden Einstellungsverfahren von befristet eingestellten Lehrkräften, denn wir werden an allen Verfahren beteiligt.

Wir haben für sieben Regionen des Landes Berlin die Einstellungen im Rahmen der Personalkostenbudgetierung (PKB) von August 2008 bis 1. Mai 2009 für das Schuljahr 2008/09 ausgezählt. Über 1900 befristete Verträge wurden geschlossen, davon mehr als 600 Verträge

mit Personen, die eine unvollständige oder keine Lehramtsausbildung hatten!

Dies steht in einem eklatanten Widerspruch zu dem Ziel der Berliner Bildungspolitik, »...für jede Schülerin, für jeden Schüler optimale Lern- und Entwicklungsbedingungen zu schaffen.« (Senator Zöllner, In: Bildung für Berlin, Handlungsrahmen Schulqualität in Berlin, S. 1). Denn ein erfolgreicher Umgang mit der Vielfalt der Schülerinnen und Schüler erfordert eine hohe fachliche und pädagogische Qualifikation sowie Kontinuität und Verlässlichkeit. Dagegen wirken sich nur kurzfristig eingesetzte und häufig unzureichend ausgebildete Vertretungskräfte für den Lernort Schule nachteilig aus.

Mit der Einführung des PKB-Verfahrens wurde der Eindruck erweckt, Schulen in ihrer Eigenständigkeit zu stärken und die Qualität des Unterrichts zu sichern. Doch Schulleitungen stehen Bewerbungslisten zur Verfügung, die schlecht gepflegt werden. Für Mangelfächer gibt es häufig keine qualifizierten Lehrkräfte, da diese längst in anderen Bundesländern attraktivere Stellen angenommen haben.

Unsere Kritik richtet sich nicht gegen die PKB-Beschäftigten selbst. Mit dem Einsatz von unzureichend Ausgebildeten schafft der Berliner Senat jedoch »Lehrkräfte zum Billigtarif«. Hier stehen nicht mehr Professionalität und Kontinuität im Vordergrund, sondern Geld und die Ruhigstellung der Eltern. Wir stellen fest, dass diese Personalpolitik vor allem im Zusammenhang mit Frauenberufen zu finden ist. Uns ist kein anderer akademischer Beruf bekannt, für dessen Ausübung die qualitativen Anforderungen so herabgeschraubt wurden! Wir fordern die Umsetzung der bildungspolitischen Ziele des Bildungssenators Prof. Dr. Zöllner »... für jede Schülerin, jeden Schüler optimale Lern- und Entwicklungsbedingungen zu schaffen«. Deshalb: unbefristete Einstellung qualifizierter Lehrkräfte, 110 Prozent Ausstattung an allen Berliner Schulen.«



Zeugniserstellung leicht gemacht!

Das neue GEW-Zeugnisprogramm nimmt Ihnen die lästige Schreibarbeit ab. Sie geben nur noch die Daten ein, die Zeugnisse druckt Ihnen Ihr Computer. Neben der reinen Zeugniserstellung gibt es zahlreiche zusätzliche Funktionen wie Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen für die Grund- und Gesamtschule oder eine Fehlzeitenverwaltung, die Ihnen die täglichen Arbeit erleichtern.

Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen, um es ausgiebig auszuprobieren. Sie werden feststellen, es gibt nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.htm.

Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Gesamtschule		
- (Sek. I)	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
- mit Grundstufe u. gymn. Oberstufe	50,-	60,-
Hauptschule	20,-	30,-
Realschule	20,-	30,-
Haupt- u. Realschule	30,-	40,-
Gymnasium		
- (nur Sek. I)	20,-	30,-
- (Sek. I und Sek. II)	30,-	40,-
- (Sek. I und Sek. II) mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-
Gymnasiale Oberstufe	20,-	30,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de/4547.htm, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen, Informationen dazu unter www.gew-Berlin.de/4681.htm.

Die Freischaltung bzw. die Zusendung erfolgt nach Eingang der Zahlung. Updates werden kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr im Internet bereitgestellt. Innerhalb eines Jahres nach Erwerb sind alle Updates kostenlos.

Bestellschein: siehe Seite 25

Zwischen Bildungstheorie und Chaospraxis

Forderungen der Personalversammlung der Berliner LehreranwärterInnen zur Ausbildung

von Manuel Honisch, Personalrat der LehreranwärterInnen



FOTO: PRIVAT

Zwischen Bildungstheorie und Chaospraxis« bewegt sich nach Ansicht der Berliner ReferendarInnen die LehrerInnenausbildung im Land. Hochfliegenden Ansprüchen stehen dilettantisch umgesetzte Reformen und strukturelle Probleme in der Praxis gegenüber. Auf ihrer Personalversammlung verabschiedeten die angehenden LehrerInnen einstimmig eine Resolution mit der Forderung, die drängendsten Mängel zu beseitigen und »den Vorbereitungsdienst neu zu denken«.

Als Gäste standen den TeilnehmerInnen Norbert Wimmer, Seminarleiter aus Lichtenberg, Detlev Peter vom Ausschuss für LehrerInnenbildung und Joachim Dannert von der Senatsverwaltung Rede und Antwort. Die GEW war fachkundig durch Matthias Jähne vertreten. Die Forderungen in der Resolution spiegeln die breite Palette an Schwierigkeiten wieder, die in der Praxis der Ausbildung bestehen. Auf der etwa dreistündigen Versammlung kamen aber einige Bereiche besonders intensiv zur Sprache, die hier kurz skizziert werden.

Ressourcen für Schulen und Seminare

Viele Referendare werden in ihren Schulen in erster Linie zur Abdeckung des Stundenplanes gebraucht, die Ausbildung kommt dabei zu kurz. Anleitende LehrerInnen sind häufig überfordert, sie bekommen keinerlei Ermäßigung ihrer Stundenzahl und keine Fortbildung. Die oft höchst engagierten FachseminarleiterInnen sind ebenfalls überlastet. Hier muss sich dringend etwas ändern. Wenn das Land kompetente LehrerInnen haben möchte, muss es für ihre Ausbildung ausreichende Ressourcen zur Verfügung stellen!

Referendariat mit Kindern

Zitat einer Versammlungsteilnehmerin: »Wir als Eltern sind am Limit unserer Belastbarkeit.« Obwohl dies beamtenrechtlich vorgesehen ist, gibt es für Referendare keine Möglichkeit, den Vorbereitungsdienst in Teilzeit abzuleisten oder den Dienst aus persönlichen Gründen – unter Wegfall der Bezüge – zu unterbrechen. Für Eltern im Referendariat gibt es keinerlei besondere Unterstützung. Ein Skandal. Die Haltung der Senatsverwaltung in dieser Frage muss als kompromisslos bezeichnet werden. Die ReferendarInnen fordern, dass ihnen nicht weiter verweigert wird, was in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes selbstverständlich ist!

(K)eine Evaluation des Vorbereitungsdienstes

Viele SeminarleiterInnen machen eine hervorragende Arbeit und federn die strukturellen Probleme zumindest teilweise ab. Leider gibt es auch einige schwarze Schafe. Daher rührt die Forderung nach einer Evaluation mit entsprechenden Konsequenzen für unfähige SeminarleiterInnen. Ein Vorstoß des Personalrates in dieser Sache wurde jüngst erneut abgelehnt. Allerdings ist seit Neuestem von einer unabhängigen Evaluation die Rede, die bereits 2010 kommen soll. Man höre und staune!

Modularisierung und notwendige Reformen

Joachim Dannert überraschte mit der deutlichen Ankündigung: »Eine Reform des Vorbereitungsdienstes wird es im nächsten Jahr geben«. Leider blieb of-

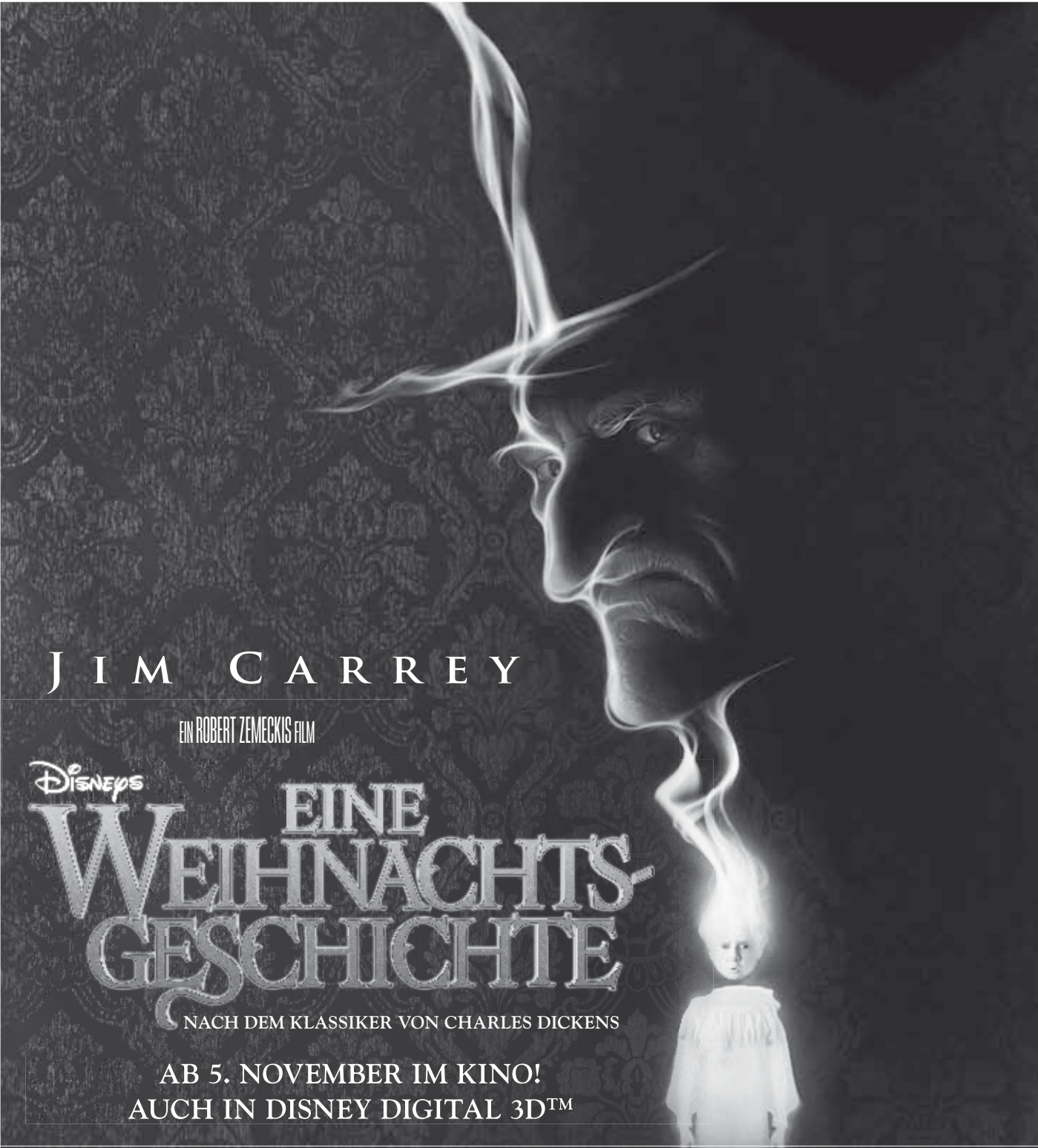
fen, ob diese Reform zu einer Rücknahme der völlig missglückten Verkürzung des Referendariats auf ein Jahr (für alle Lehrämter außer Studienräte) und zu einer gleichen Ausbildungsdauer für alle führen wird. Dies forderte die Versammlung mit Nachdruck ein.

Matthias Jähne sprach allen Anwesenden aus der Seele, als er anregte, im Zuge der Modularisierung der Ausbildung die »starre Seminarstruktur« aufzulösen und ein flexibles System von Ausbildungsangeboten zu schaffen. So würden zum Beispiel auch Teilzeit- oder Auszeitlösungen ermöglicht. Dieser Vorschlag wurde vonseiten der Verwaltung nicht kommentiert. Immerhin scheint es Pläne zu geben, die überflüssige schriftliche Prüfungsarbeit endlich zu streichen.

Wie weiter?

Die verabschiedete Resolution (unter www.gew-berlin.de/19469.htm) ist Grundlage für die zukünftige Arbeit des Personalrates der LehreranwärterInnen. Er wird bei Senatsverwaltung und BildungspolitikerInnen weiter hartnäckig auf die strukturellen Missstände im Referendariat hinweisen.

Eine Herausforderung wird für den Personalrat nicht zuletzt darin bestehen, unter geänderten Bedingungen weiter arbeitsfähig zu sein. Denn bleibt es beim einjährigen Vorbereitungsdienst für die meisten Lehrämter, wird es schwierig sein, ausreichend KandidatInnen für das Gremium zu finden. Eine entschlossene Interessenvertretung für ReferendarInnen ist aber auch in Zukunft bitter notwendig, das hat die Personalversammlung gezeigt. ■



JIM CARREY

Ein ROBERT ZEMECKIS FILM

Disney's
**EINE
WEIHNACHTS-
GESCHICHTE**

NACH DEM KLASSIKER VON CHARLES DICKENS

AB 5. NOVEMBER IM KINO!
AUCH IN DISNEY DIGITAL 3D™

PÄDAGOGISCH WERTVOLLES UNTERRICHTSMATERIAL
ZUM FILM ERHALTEN SIE UNTER WWW.GEW-BERLIN.DE

Eine Erfolgsgeschichte

Bei der Gleichstellung von Frauen an den Hochschulen ist Berlin führend

von Heidi Degethöff de Campos, zentrale Frauenbeauftragte an der TU Berlin



FOTO: ELKE WEISS

Vor gut 100 Jahren erlaubte Preußen, als letzter Staat im Deutschen Reich, seinen Frauen das Hochschulstudium, für das die Frauenbewegung sich lange und heftig eingesetzt hatte. Auch wenn es in den folgenden 100 Jahren Anfeindungen gegenüber den Studentinnen gab und Zweifel an ihrer intellektuellen Leistungsfähigkeit und Bereitschaft zu »ernsthaftem« Studium, so muss man in der Rückschau doch den Erfolg des »Frauenstudiums« konstatieren. Es spricht für die Energie und Durchsetzungsfähigkeit von Frauen, wenn sie sich trotz der ständigen Zweifel an ihren Fähigkeiten, Wissenschaft zu betreiben, nicht davon abbringen ließen und nunmehr, wenigstens im Land Berlin, auf nahezu allen Ebenen die »critical mass« erreicht haben, die Schwelle also, ab der eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern in der Wissenschaft in absehbarer Zukunft erreicht sein wird.

Natürlich gilt dies nicht flächendeckend, denn es gibt eine erhebliche Schieflage zwischen den Disziplinen einerseits, d.h. eine sehr deutliche Unterrepräsentanz von Frauen auf allen Ebenen in den Natur- und Technikwissenschaften und eine gleichermaßen deutliche Überrepräsentanz in den Sozial- und Geisteswissenschaften und der Medizin, und in den Statusgruppen andererseits; d.h. selbst in Disziplinen, in denen Frauen 80 Prozent der Studierenden stellen, sind sie auf der Ebene der Professuren lediglich zwischen 10 und 20 Prozent vertreten. Im Einzelnen: In Berlin studierten 2008 50 Prozent Frauen an den Universitäten und Hoch-

schulen, ebenfalls 2008 waren sie zu 53 Prozent an den Abschlüssen beteiligt, zu 46 Prozent an den Promotionen und zu 30 Prozent an den Habilitationen. Interessant ist die Entwicklung bei den Professuren: Bei den C3-/C4-Professuren hatten Wissenschaftlerinnen lediglich um die 13 Prozent erreicht, während auf W2-/W3-Professuren, die nach der Dienstrechtsreform (2005) neu besetzt wurden, 36 Prozent (W2) und 19 Prozent (W3) Frauen berufen wurden. Die im Rahmen der Reform neu geschaffene

»Diese Entwicklung wäre so nicht ohne die 68er-Frauenbewegung verlaufen, die sich mit der Situation von Frauen in der Wissenschaft auseinandersetzte«

Personalkategorie Juniorprofessur, als Alternativweg zu Habilitation gedacht, verzeichnet 47 Prozent Frauen. Damit ist das Land Berlin in Sachen zahlenmäßiger Gleichstellung von Frauen und Männern an Hochschulen führend in der Bundesrepublik.

Die Entwicklung wäre nicht in dieser Weise verlaufen ohne die zweite Frauenbewegung, die sich im Zuge der 68er-Bewegung auch mit der Situation von Frauen in der Wissenschaft auseinanderzusetzen begann. Die aus diesem Kampf um Partizipation erwachsenen Instrumente und Strategien, Maßnahmen und Programme, können aus meiner Sicht als die Ursachen und Motoren des Erfolges bezeichnet werden. Vor 20 Jahren nämlich richtete die damalige rot-grüne Regierung zunächst den Paragraphen 59 im Berliner Hochschulgesetz ein und rief damit das Amt der Frauenbeauftragten

ins Leben. Gleichzeitig legte sie ein Programm zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft auf, das Frauen auf 60 Qualifikationsstellen zur Habilitation, also zur Professur führen sollte. Die Kombination dieser beiden Maßnahmen und die Entwicklung der Hochschulpolitik in den 90er Jahren (zunehmende Autonomie und neue Instrumente der Hochschulsteuerung) haben so in relativ kurzer Zeit einen Sprung nach vorne bewirkt. Längst ist Frauenförderung mit Hilfe von Stellen oder Projekten nur noch ein Teil erfolgreicher Gleichstellungspolitik. Inzwischen ist der Blick auch auf die Entwicklung der Organisationen, auf die Wissenschafts- und Fachkulturen, auf die strukturellen Benachteiligungen

und institutionellen Ausschlussmechanismen in den Fokus geraten und das Gender Mainstreaming ist als ein Reorganisationsprozess zum Ausgleich des Geschlechterverhältnisses entwickelt worden.

Auch die verschiedenen Initiativen der jüngeren Vergangenheit wie Exzellenzinitiative oder das Professorinnenprogramm von Ministerin Schavan sind in Berlin erfolgreich gewesen. Die Anforderungen nach Gleichstellungsmaßnahmen in der Exzellenzinitiative haben zu enormem Schwung in den Hochschulen geführt. Aber natürlich sind die Kompetenzen und Beteiligungsrechte der Frauenbeauftragten auch hier noch nicht obsolet, denn ein Selbstläufer ist die Gleichstellungspolitik noch nicht. Dennoch kann festgestellt werden: Der Erfolg der Frauen in der Wissenschaft kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. ■

Lehrbeauftragte unter Druck

SprachdozentInnen kämpfen immer noch um angemessenes Honorar

von Linda Guzzetti und Cornelia Tschritz, Lehrbeauftragte an den Sprachenzentren

Am Sprachenzentrum der TU (ZEMS) sind derzeit große Veränderungen im Gange. Ende März hatte die Senatsverwaltung die zuvor von den Gremien der TU beschlossene Honorarerhöhung auf 30 beziehungsweise 35 Euro pro Unterrichtseinheit für die lehrbeauftragten SprachdozentInnen bestätigt. Im Sommersemester wurden diese neuen Vergütungssätze gezahlt, doch dann verschlechterte sich die Situation, weil die Zentralverwaltung der TU der ZEMS nicht die für die neue Honorarhöhe nötigen zusätzlichen Mittel geben wollte. Nach Auffassung des Vizepräsidenten für Lehre arbeite die ZEMS nicht nach der 2005 vom Akademischen Senat beschlossenen Satzung und habe zu viele Kurse für AnfängerInnen. Durch einen Vermerk an die Fakultäten wurde Anfang Juli mitgeteilt: In Zukunft sollen an der TU Studienpunkte nur noch für kostenfreie Fachsprachenkurse auf hohem Niveau (d.h. auf dem Niveau C1) vergeben werden. Alle anderen Kurse werden kostendekend angeboten.

An den anderen Berliner Universitäten werden Studienpunkte für Sprachkurse aller Niveaus vergeben, unabhängig davon, ob sie kostenfrei oder -pflichtig sind. Zudem sehen die Studienordnungen vieler Fakultäten der TU vor, dass »Sprachkenntnisse« für die Bachelorabschlüsse anerkannt werden, und zwar ohne Bezug auf bestimmte Niveaus. Mit der Ausnahme von Englisch besuchen die Studierenden überwiegend die Grund- und Mittelstufenkurse.

Die Reduzierung der Grund- und Mittelstufenkurse nimmt den Lehrbeauftragten einen Großteil ihrer Arbeitsmöglichkeiten und den Studierenden wird das Erlernen einer Sprache noch einmal erschwert. Vizepräsident Steinbach argumentiert, das Erlernen von Sprachen sei kein Bestandteil der Ingenieurausbildung, sondern ein Extra, das die Universität in Zeiten knapper Kassen nicht mehr anbieten dürfe. Anfang Oktober wurde ein Kompromiss erreicht: Das Sprachangebot der ZEMS für das Wintersemester



Lektion 1: Wie wehrt man sich gegen Kürzungen?

FOTO: IMAGO/IMAGEBROKER/EUROPAPIX

wird zwar gekürzt im Vergleich zum Sommersemester – aber nicht so dramatisch, wie ursprünglich geplant. Die gegenwärtige Lösung wird durch die Evaluation externer ExpertInnen überprüft.

Die Lage an der Humboldt Universität

Am Sprachenzentrum der HU gab es schon am Anfang des Semesters schlechte Neuigkeiten. Einige Kurse von Lehrbeauftragten sollten kurz vor Unterrichtsbeginn an hauptamtliche MitarbeiterInnen übergeben werden, bei denen Kurse nicht zustande gekommen waren. Bisher hatten hauptamtliche KollegInnen mehrere Semester Zeit, ein Minus in ihrem Unterrichtsstundenkonto auszugleichen. Da einige der betroffenen lehrbeauftragten sowie hauptamtlichen KollegInnen dies nicht akzeptierten und auf die Folgen für das Einkommen der Lehrbeauftragten und für das Arbeitsklima an der Einrichtung hinwiesen, konnte die Entscheidung in mehreren Fällen rückgängig gemacht werden. Aber das Thema war damit nicht vom Tisch: Bei den Kursen des Wintersemesters 2009/10 werden die Kurse der haupt-

amtlichen KollegInnen zuerst buchbar sein; erst wenn diese voll sind, können die Studierenden die parallelen Kurse der Lehrbeauftragten buchen. Damit wälzt die HU die Planungsunsicherheit komplett auf die Lehrbeauftragten ab.

Zur Honorarhöhe gab es im Sommersemester eine erneute Initiative der Lehrbeauftragten am Sprachenzentrum der HU. Dort liegt der Satz bisher weiterhin bei 21,40 Euro pro Unterrichtseinheit, gefordert werden 30 Euro. Mit der vom Direktorium des Sprachenzentrums verabschiedeten und vom akademischen Senat genehmigten neuen Gebührenordnung werden jetzt aber die Kursgebühren für die Studierenden von 7,50 Euro pro Semesterwochenstunde auf 10 Euro steigen. Damit soll dann ab Sommersemester 2010 die versprochene Honorarsteigerung auf 25 Euro finanziert werden. Es ist erfreulich, dass sich in der Frage der Honorarhöhe an der HU im Sommersemester endlich etwas bewegt hat, von einer angemessenen Bezahlung unserer Arbeit sind wir aber auch damit noch weit entfernt. Problematisch bleibt außerdem, dass eine Verbesserung für uns zulasten der Studierenden geht. ■

Politik und die Kommerzialisierung des Sozialen

Podiumsdiskussion über die Zustände bei den freien Trägern

von Herwig Grote, Fachgruppe Kinder, Jugendhilfe und Sozialarbeit



FOTO: PRIVAT

Am 16. September fand im Rahmen der Kampagne »Ich stehe auf fair statt prekär« unserer Fachgruppe eine Podiumsdiskussion mit dem Titel: »Prekäre Beschäftigung in der Sozialen Arbeit – wer ist verantwortlich?« zu den Beschäftigungsbedingungen in unserem Bereich statt. Die Veranstaltung stand im Kontext der bevorstehenden Bundestagswahl – aus unserer Sicht war dies eine gute Gelegenheit, die Berliner Fachprominenz zu einer direkten Auseinandersetzung herauszufordern.

Und (fast) alle kamen. Der Diskussion stellten sich VertreterInnen der Grünen, der Linken, CDU, SPD, und, last, but not least, Katina Schubert als persönliche Referentin der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales. Der Paritätische Wohlfahrtsverband wurde durch Landesgeschäftsführer Oswald Menninger vertreten und zwei Geschäftsführer erschienen für ihre Unternehmen: Georg Schnitzler, Lebenshilfe gGmbH und Friedrich Kiesinger, Albatros. Die Moderation übernahm Andreas Kraft, Vorsitzender unserer Fachgruppe.

In der dreistündigen Diskussion wurden vielen Themen und Missverhältnisse der Sozialen Arbeit sehr direkt angesprochen. Die rund 60 Veranstaltungsteilnehmer brachten die Vertreter von Politik und freier Wohlfahrt durch Sachkenntnis und auch wohlbegründete, teils harsche Kritik zum Schwitzen.

Unter Rot-Rot: Fachkräfte im Abseits

Vonseiten der GEW stellte sich insbesondere die Frage, wie der Anstieg prekärer Beschäftigungen in den sozialen Arbeitsfeldern gestoppt werden kann. Seit 1999 führten mehrere Faktoren zu

einer dramatischen Entwicklung: Die Tarifbindung bei Zuwendungsbescheiden des Landes Berlin wurde aufgehoben, Berlin tritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder aus, eine rigorose Sparpolitik trifft insbesondere die personalintensiven sozialen Dienstleistungen wie die Behinderten- und die Jugendhilfe. Zudem werden massiv Mittel des Europäischen Strukturfonds und der Arbeitsförderung eingesetzt, um Defizite im sozialen Bereich mittels geförderter Beschäftigung zu kompensieren.

Neoliberaler Wettbewerb

Eine neoliberale Philosophie der marktlichen Steuerung sozialer Dienste, inklusive der Deregulierung von Beschäftigungsbeziehungen, setzt sich in Berlin durch. Wie konnte dieses in der Verantwortung eines rot-roten Senates passieren?

Diverse gemeinnützige Träger gebärden sich zunehmend als Wirtschaftsunternehmen. Mittels Lohndumping werden sogenannte Rücklagen gebildet. Diese werden teils für Investitionen genutzt, um in der Konkurrenz mit anderen Trägern zu bestehen. Teils werden diese »Gewinne« aber auch gezielt über privatwirtschaftliche Servicefirmen abgeführt. Von einem Träger ist bekannt, dass gleich mehrere Geschäftsführer mit einem Jahresgehalt von jeweils 120.000 Euro vergütet wurden – plus einiger Zulagen wie einer Umsatzbeteiligung. Frei nach dem Motto: Soziale Arbeit lohnt sich – aber nur für wenige. Handelt es sich um schwarze Schafe oder um ein strukturelles Problem?

Unverständlich für das Plenum ist auch, dass die Politik zwanzig Jahre nach dem Mauerfall an unterschiedlichen Vergü-

tungsregelungen in West- und Ost-Berlin festhält. Erst vor Kurzem wurden Leistungsvereinbarungen mit erheblichen Entgeltunterschieden zwischen Ost und West zwischen der LIGA der Wohlfahrtsverbände und dem Senat neu festgeschrieben.

Die Verengung des Arbeitsmarktes und die Entkopplung von Tarifverträgen wurden von manchen frei-gemeinnützigen Trägern ausgenutzt, um die Löhne um über 20 Prozent zu kürzen.

Andererseits befinden sich die frei-gemeinnützigen Träger in der Zwangslage, dass Nachverhandlungen zum Ausgleich von Kostensteigerungen vom Senat häufig rigoros abgelehnt werden und also Defizite drohen, die kompensiert werden müssen.

Tarifliche Bindung gefordert

Manchmal, so muss wohl konstatiert werden, entwickeln die Berliner Verwaltungen auch ein Eigenleben. So wurde ein Rundschreiben der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales bekannt, wonach die ambulante Krisenarbeit mit akut psychisch erkrankten Menschen im Rahmen der sogenannten Eingliederungshilfe (»Einzelfallhilfe nach dem SGB XII) zukünftig mit 13 Euro im Honorarverhältnis für diplomierte Sozialpädagogen vergütet werden soll. Dieses ohne jede soziale Absicherung und übliche qualitätssichernde Arbeitsbedingungen wie Teamarbeit und fachliche Beratung. Die politische Führung war offenbar nicht informiert. Katina Schubert versprach, sich umgehend sachkundig zu machen.

Versprechungen vor einer wichtigen Wahl sind bekanntlich nicht bindend.



Sternmarsch des Berliner Kitabündnisses am 22. September für mehr Personal in den Berliner Kitas. Über 12.000 Menschen protestierten gegen die Sparpolitik des Senats und für eine Qualitätsverbesserung an den Kitas. Siehe auch Seite 28.

FOTO: CH. V. POLENITZ/TRANSITFOTO.DE

Aber bedeutsam erscheint doch, dass sich die politischen Vertreter überwiegend dafür aussprachen, dass auch in der freien Wohlfahrtspflege eine enge Orientierung am öffentlichen Tarifsyst-
em realisiert werden soll.

Über die geeigneten Mittel, so muss man wohl konstatieren, herrscht noch Uneinigkeit. Mehrere Podiumsvertreter sprachen sich dafür aus, dass sich das Land Berlin wieder der Tarifgemeinschaft der Länder anschließt. Flächen- oder Branchentarifverträge erscheinen mittelfristig möglich, im Vorfeld können Haus- und Unternehmenstarifverträge mit einzelnen frei-gemeinnützigen Unternehmen abgeschlossen werden. Im Grundsatz war der Konsens zwischen Politik, Verbänden und Arbeitnehmern gegeben, dass vorerst Haustarifverträge auszuweiten sind.

Unter den gegebenen Bedingungen reichen derartige Vereinbarungen der Sozialpartner aber nicht aus, wenn die Politik die finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen nicht sichert. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass kalkulierte Lohnanteile bei Zuwen-

dungen und Leistungsfinanzierungen auch tatsächlich an die Beschäftigten weitergegeben werden.

Immerhin will Katina Schubert bessere Kontrollmöglichkeiten bei den freien Trägern prüfen lassen, um den Umgang mit den öffentlichen Geldern transparenter zu machen. Die anwesenden Geschäftsführer fanden diese Idee nicht so gut – wohl aber das Auditorium, darunter viele Betriebsräte. Schließlich erhalten sie von ihren Geschäftsführungen so gut wie nie transparente Zahlen.

Was daraus folgt

Politik und Gewerkschaften müssen wieder enger miteinander kooperieren und sich regelmäßig zu Fragen der Entwicklung und Gestaltung des »Sozialen Sektors« austauschen. Nur so lassen sich offenkundige Informationsdefizite der politischen Vertreter beheben und wirksame Strategien der Sicherung und Qualifizierung von Beschäftigungsbedingungen entwickeln. ■

GEW ZEUGNIS PROGRAMM

**Hiermit bestelle ich das
GEW-Zeugnisprogramm:**

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

☐ GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

☐ CD-Version

☐ Online-Version

☐ ausgedrucktes Handbuch
(+ 7,-)

Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift

Deutschenfeindlichkeit in Schulen

Über die Ursachen einer zunehmenden Tendenz unter türkisch- und arabischstämmigen Jugendlichen

von Andrea Posor und Christian Meyer, Ausschuss für multikulturelle Angelegenheiten

In den letzten Jahren bewirkten die PISA-Ergebnisse und die wachsende Konkurrenz um die begrenzten Ausbildungs- und Arbeitsplätze eine verstärkte Segregation der Schülerschaft. Bildungsorientierte Eltern, mit und ohne Migrationshintergrund, bemühten sich intensiv, ihre Kinder an Schulen anzumelden, die einen guten Platz auf der inoffiziellen Rankingliste innehaben. An den weniger begehrten restlichen Schulen der Sek I verblieben immer mehr Schüler aus armen, bildungsfernen Familien, vor allem von Familien mit Migrationshintergrund. Deutschstämmige und aufstiegsorientierte Migrantenfamilien flüchteten aus bestimmten Schulbezirken wie Nord-Neukölln oder Teilen von Mitte und Kreuzberg. Das gleiche Phänomen zeigte sich etwa auch in anderen Städten. Immer mehr Kinder und Jugendliche leben

in sozialen Brennpunkten und verlieren den Anschluss an Bildung und Beruf.

Beschimpfungen während der Pause

Mit der zunehmenden Segregation der SchülerInnenschaft, insbesondere in den Schulen, die in sozialen Brennpunkten liegen, verstärkt sich eine Art von Deutschenfeindlichkeit unter vielen SchülerInnen mit Migrationshintergrund. Es kommt zu einer wechselseitigen Abschottung.

Viele deutsche SchülerInnen empfinden sich als eine abgelehnte, provozierte, diskriminierte Minderheit, meist ohne nicht-deutsche Freunde. In den Klassen komme es, äußern deutsche SchülerInnen, immer wieder zu Beschimpfungen und Konflikten: Namen werden verballhornt, Schüler bedroht und gemobbt.

Bei Konflikten erhielten die nicht-deutschen Schüler meist rasch Hilfe von Verwandten oder Freunden. Bei der Gruppe der deutschen SchülerInnen sei das oft nicht der Fall. Vor allem der Aufenthalt auf dem Schulhof wird zuweilen als ein Spießrutenlaufen mit diversen Beschimpfungen erlebt.

Vielfach wurden deutsche SchülerInnen auch provozierend gefragt, was sie »hier« wollten, das sei doch nicht ihre Schule. Auch hätten die deutschen SchülerInnen zuweilen das Gefühl, dass sie aus der Schule gedrängt werden sollten. Sehr oft gingen sie mit Wut im Bauch nach Hause und fühlten sich unterwegs bedroht. Auch Richter und Polizisten berichten über eine deutlich zunehmende Deutschenfeindlichkeit vor allem unter türkisch- und arabischstämmigen Jugendlichen.

Ablehnende Haltungen

Bei der Suche nach den Ursachen stößt man auf ein ganzes Bündel möglicher Gründe. Zum einen dürfte es sich einfach um die Rückgabe erlebter Vorurteile und erlittener Diskriminierungen handeln: Die Auseinandersetzungen scheinen auch eine Art Machtspiel zu sein, bei dem die eigentlich privilegierte Gruppe diese Privilegien durch die Mehrheitsverhältnisse verloren hat. Zum anderen spielt das Zugehörigkeitsgefühl der Jugendlichen eine große Rolle. Sie wissen, dass die »Almancahar« in der Türkei alles andere als beliebt sind. Aus ihren Äußerungen ergibt sich, dass sich viele der nicht-deutschen SchülerInnen eben durch das Nichtdeutschsein selbst definieren: Die Deutschen sind die Anderen, gehören nicht zum Wir. Dieses



Unterricht am Islam-Kolleg in Kreuzberg

FOTO: NICO SCHMIDT

Wir ist allerdings auch heterogen, aufgespalten in verschiedene Gruppen, deren verbindendes Element am ehesten der gemeinsame Islam zu sein scheint.

Diese nichtdeutschen Jugendlichen wohnen in sozialen Brennpunkten, sind oft dem Prekariat zugehörig und leben isoliert. Sie entstammen häufig äußerst konservativen Familien. Auffällig ist dabei ein oft problematisches Deutschenbild. Vielfach werden Deutsche verachtet und Deutschland nur als Beutegesellschaft betrachtet, eine Integration abgelehnt. Als positiv emotional besetzte Heimat hingegen wird oft Kreuzberg angesehen. Die Jugendlichen sind stolz in Kreuzberg zu leben. Der Stadtteil wird zu einem mystifizierten Getto, dem sie sich zugehörig fühlen. Umgekehrt scheinen sich die deutschen SchülerInnen nun stärker zu einer Art Notgemeinschaft zusammenzuschließen, sich durch die Fremddefinition zusammengehörig zu fühlen, stärker zu einer Gruppe zu werden.

Integrationsbericht bestätigt die Problemlage

In den ethnisch segregierten Gebieten bleiben Immigranten weitgehend unter sich, gefangen in einem Kreislauf von Transferabhängigkeit und Bildungsversagen. Sie kompensieren Frustrationen und Perspektivlosigkeit durch Macho-Gehabe. Denn die Immigrantenjugendlichen ahnen oder wissen, dass sie die VerliererInnen in dem Rennen um die wenigen attraktiven, gut bezahlten Arbeitsplätze sind. Zusammen mit den vielfältigen schulischen Misserfolgen liegt hier eine Quelle permanenter Unsicherheit und Frustration. Der aktuelle Integrationsbericht der Bundesregierung belegt, dass der Anteil deutscher Jugendlicher, die eine Ausbildung absolvieren, mehr als doppelt so hoch ist als bei den Immigranten. Die Arbeitslosigkeit ist bei den ImmigrantInnen doppelt so hoch wie bei der Gesamtbevölkerung.

Eine der Ursachen für diese Entwicklungen scheint ein Kulturkonflikt zwischen westlichen und aus dem traditionellen Islam herrührenden Vorstellungen zu sein. Viele der jungen ImmigrantInnen erleben in ihren Familien eine verzweifelte Abwehr aller Veränderungen, insbesondere der Individualisierung. Der heutige Mehrheitsislam hat eine rückwärtsgewandte Grundhaltung, denn sein gesellschaftliches Ideal ist die Zeit in Medina vor 1.400 Jahren. Die Veränderungsfeindlichkeit bezieht sich

zwar auf die gesamte Gesellschaft, vor allem aber auf das Geschlechterverhältnis und die väterliche Autorität. Die Fähigkeit, Angst zu erzeugen, verschafft Achtung und Respekt und gilt als Tugend von Autorität. Von daher spielt innerhalb der Kulturkonflikte die Gewalterfahrung anscheinend eine besondere Rolle. Viele Untersuchungen belegen, dass die jungen ImmigrantInnen durchschnittlich höhere familiäre Gewalterfahrungen machen mussten.

Ausgrenzung muss verhindert werden

Gemeinschaftlich ausgeübte Gewalt bewirkt häufig eine Vergemeinschaftung und gibt Gruppen ein Gefühl der Selbstermächtigung, stellte der Hamburger Historiker Michael Wildt fest. Bei dieser Form der Gewalt kann man prinzipiell eingreifen, wegschauen, zuschauen oder mitmachen. Dabei erleben die Mitmachenden ein zunehmendes Gefühl von Macht, die Opfer, aber auch die Wegschauenden ein Gefühl der Machtlosigkeit und Ausgrenzung. Das Verhindern von solchen Ausgrenzungsprozessen ist von zentraler Bedeutung.

Angeichts des Autoritätsverlusts des muslimischen Mannes in der europäischen Diaspora und der perspektivischen Unsicherheit muss es zu Persönlichkeitskonflikten kommen. Unsicherheit aber kollidiert mit den traditionellen Überlebensgefühlen vieler Muslime, ihrer Vorstellung dem einzig wahren, ursprünglichen Glauben anzugehören. Aus diesen Gründen sehen manche Muslime in den Christen fälschlich Ungläubige und meiden alle Kontakte.

Ein weiterer Faktor ist dabei sicher die Sprache. Deutschsprachige SchülerInnen werden durch die gezielte Benutzung des Türkischen in Gesprächen ausgeschlossen. Umgekehrt ist bei vielen Migranteng jugendlichen weiterhin eine Unsicherheit des sprachlichen Ausdrucks bemerkbar. Oft fühlen auch sie sich durch deutsche Schüler sprachlich ausgegrenzt, denn sie verstehen Feinheiten nicht oder nur diffus.

Schließlich könnte auch die grundsätzliche Ambivalenz des Fremden eine verursachende Rolle spielen. Alles Fremde wird von Menschen als ambivalent erlebt, als gleichzeitig zwar neu, interessant, anziehend oder begehrenswert (Xenophilie), aber auch beunruhigend und furchterregend (Xenophobie). Die Xenophobie ist oft eine Art Widerspiegelung

eigener unterdrückter Wünsche nach einem anderen, alternativen Leben. Deutsche Schülerinnen werden deshalb zum Teil insgeheim beneidet, für Freiheiten, die sie hinsichtlich der Kleidung und gerade in emotionaler Hinsicht besitzen. Viele der Immigranteng jugendlichen wollen diese Möglichkeiten eigentlich auch haben, beispielsweise selbstbestimmt heiraten zu können. Insbesondere deutsche Pärchen in der Schule oder auf Klassenfahrten mögen von vielen Migranteng jugendliche insgeheim beneidet werden, stellen aber deshalb auch eine Provokation dar.

Wichtig bleibt festzuhalten, dass »Deutschenfeindlichkeit« keine Wesenseigenschaft von Muslimen, Türken oder Arabern ist. Denn Schüler mit Migrationshintergrund fühlen sich in Klassen, in denen es keine deutschen Schüler mehr gibt, abgeschoben, und beklagen, in Deutschland keinen Kontakt zu Deutschen bekommen zu können. Deutschenfeindlichkeit ist eine Folge sozialer Bedingungen; allen Versuchen einer Ethnisierung sozialer Erscheinungen sollte entgegengetreten werden. Denn wer Menschen nicht individuell bewertet, bildet rasch vorurteilsvolle Pauschalurteile über ganze Menschengruppierungen.

Was kann getan werden?

Es gibt verschiedene Varianten des Rassismus:

- Inländer, die Ausländer hassen,
- Ausländer, die Inländer hassen,
- Inländer, die andere Inländer hassen,
- Ausländer, die andere Ausländer hassen.

Jeder Rassismus muss bekämpft werden. Uns scheint, dass es nicht reicht, allen Formen des Rassismus pädagogisch entgegenzutreten, man muss den SchülerInnen auch juristisch den Tatbestand der Volksverhetzung verdeutlichen. Jüngst hat Baden-Württembergs Bundesratsminister Wolfgang Reinhart (CDU) einen Vorstoß seines Bundeslandes angekündigt, wonach deutschenfeindliche Parolen künftig als Volksverhetzung bestraft werden sollen.

Die gegenwärtig geplanten Strukturveränderungen der Schule reichen jedoch nicht hin, um der schulischen Segregation zu begegnen. Erst ein Nachteilsausgleich für Schulen in sozialen Brennpunkten, verbunden mit einer veränderten Stadtpolitik könnte der gegenseitigen Segregation in den Schulen ein Ende machen! ■

Protest lohnt sich

Eine verbesserte Ausstattung der Berliner Kitas ist endlich in Sicht

von Peter Sinram, Pressesprecher der GEW BERLIN

Seit Jahren wurde auf die unzureichende Personalausstattung der Kitas und die hohe Belastung der ErzieherInnen hingewiesen. Und ebenso seit Jahren wird in allen Sonntagsreden die besondere Bedeutung frühkindlicher Bildung betont. Diesen Widerspruch hat Berlin bis jetzt nur sehr einseitig aufgelöst: Beitragsfreiheit für die Kitas ja – direkte Verbesserungen vor Ort nein.

Die Situation hat sich grundlegend verändert. Zum einen hat der vom Berliner Kita-Bündnis initiierte Sternmarsch mit seinen über 12.000 TeilnehmerInnen gezeigt, wie ernst es vielen in der Stadt mit ihren Forderungen nach einer Qualitätsverbesserung an den Kitas ist. Die Medien haben diese Forderungen einhellig als völlig berechtigt dargestellt und in den Kommentaren deutlich gemacht, dass das Gegeneinander-Ausspielen nach dem Motto »Wir haben nur Geld für die beitragsfreie Kita, aber keines für das Personal« nicht verfährt. Zum anderen gab es die juristische Auseinandersetzung. Das vom Berliner Kita-Bündnis initiierte Volksbegehren wurde zunächst nicht zugelassen, weil es in die Budgethoheit des Abgeordnetenhauses eingreife; anders gesagt: weil es Geld kosten würde.

Diesen Versuch des juristischen Blockierens hat das Verwaltungsgericht abgeschmettert: Das Volksbegehren ist zulässig! In der Presse wurde auch schon darüber spekuliert, ob es eine Chance auf Erfolg gehabt hätte; und in der Mehrheit waren die Kommentatoren der Meinung, dass man angesichts der Stimmung in dieser Stadt wohl genügend Menschen zum Abstimmungslokal würde bringen können. Damit stand und steht der Senat unter Druck. Ein erfolgreiches Volksbegehren und ein positiver Volksentscheid Ende 2010 drohen. Hin-

halten ist nicht mehr möglich. Also wurde bei den Haushaltsberatungen von den Regierungsparteien ein Antrag eingebracht, der einigen Forderungen entgegenkommt. Die Kitas sollen ab 1. Januar 2010 fünf Prozent mehr Personal bekommen, was eine statistische Verringerung der Gruppengröße um 0,5 Kinder pro Altersgruppe bedeuten würde; die Leiterinnen sollen ab einer Kinderzahl von 100 freigestellt werden (zurzeit 162). Beides soll in das Kita-Gesetz zur Beitragsfreiheit eingearbeitet werden; die Kosten werden auf 50 Millionen Euro pro Jahr geschätzt. Das Kita-Bündnis hatte mehr Zeit für Vor- und Nachbereitung gefordert, nämlich fünf Stunden pro volle Stelle, und die Verkleinerung der Gruppengröße um ein Kind. Nach eigenen Berechnungen hätte das zusätzliche Kosten von 100 Millionen Euro verursacht.

Ist das Glas nun halb voll oder halb leer? Freut man sich über den ersten Er-

folg oder setzt man doch alles auf die Erreichung des Quorums im Volksentscheid? Bereits Ende 2008 haben die Regierungsparteien einen »Stufenplan« zur Verbesserung der Qualität in den Kitas versprochen. Das Kita-Bündnis hat den vorgelegten Antrag zur Änderung des Haushalts als »Einstieg in den Stufenplan« begrüßt. Gleiches sagt die GEW BERLIN: Man könne jetzt die juristische Ebene verlassen und gemeinsam vereinbaren, wie die nächsten Stufen aussehen. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass es doch noch, falls der Senat stirbt, zu einem Volksentscheid kommt.

Wenn diese blz erscheint, wissen wir mehr. Eines ist aber jetzt schon klar: Ohne die vielfältigen Aktivitäten der KollegInnen vor Ort, ohne die Öffentlichkeitsarbeit, ohne die gute Zusammenarbeit mit den Eltern, ohne die Demonstration hätte es auch diese ersten Erfolge nicht gegeben. Protest lohnt sich!



FOTO: TRANSIT/POLENTZ

NEUER VBS-VORSTAND GEWÄHLT

Die »Vereinigung Berliner Schulleiterinnen und Schulleiter in der GEW BERLIN« hat ihren neuen Vorstand gewählt. Vorsitzende sind **Paul Schuknecht** (Schulleiter der Friedensburg-Oberschule) und **Uta Schroeder** (Schulleiterin der Hermann-Gmeiner-Grundschule). Den erweiterten Vorstand bilden **Christiane Freund** (Schulleiterin der Möwensee-Schule / Grundschule) **Ulrich Herbst** (Schulleiter der Walther-Rathenau-Schule/Gymnasium) **Ulrich Meuel** (stellvertretender Schulleiter der Fritz-Karsen-Schule/Gesamtschule) **Carsten Paeprer** (Schulleiter der Hans-Fallada-Schule/Förderzentrum und Grundschule) **Lothar Semmel** (stellvertretender Schulleiter der Clay-Oberschule/Gesamtschule) **Renate Vercrüße** (Schulleiterin der Hermann-Herzog-Schule/Grundschule). Wir wünschen dem neuen Vorstand weiterhin ein glückliches Händchen bei der Vertretung der Schulleitungs-Interessen. Schulleiterinnen und Schulleiter haben ihre spezifischen Sichtweisen, Arbeitsschwerpunkte, Forderungen. Die sind nicht immer deckungsgleich mit denen der KollegInnen – was in der Natur der Sache liegt. Dem alten VBS-Vorstand ist es gelungen, erfolgreich auf diesem manchmal schmalen Grat zu wandeln. Wir sind davon überzeugt, dass dies dem neuen auch gelingen wird!

Peter Sinram

WEISSKOHL oder habe ich heute frei?

Der Terminkalender sah wie üblich unübersichtlich aus. Genau genommen gab es keine Stelle, die noch völlig weiß war. Und wie so oft fragte ich mich, ob ein Terminkalender wirklich so aussehen muss. Andererseits drückt ein rammelvoller Terminkalender auf den ersten Blick aus, dass der Eigentümer ein volles Tagespensum hat, das auch noch flexibel gestaltet werden muss – wie die vielfältigen Verbesserungen und Ausstreichungen verraten. Aber das war mir alles schon längst klar. Obwohl das Problem offensichtlich direkt vor mir liegen musste, war es für mich unerreichbar und deshalb unlösbar. Auch konnte ich mir nicht vorstellen, in aller Öffentlichkeit einen dünnen und halb-leeren Terminkalender aufzuschlagen, denn ich hatte schon immer ein volles Programm, ohne Termine wäre auch mein Leben leer.

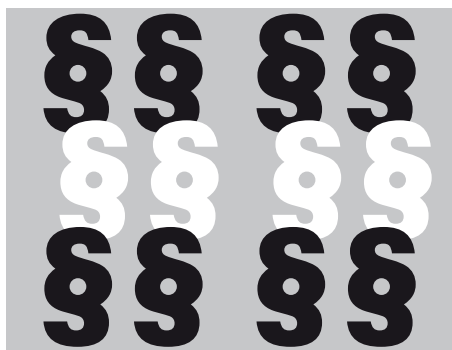
Hilflos starrte ich in den Terminkalender, der bei genauerer Betrachtung nur eines verriet: Das waren keine Termine, das war das absolute Chaos. Selbstverständlich kam für mich ein neumodischer Datenverwalter nicht infrage, ich mag diesen wichtigen Gesichtsausdruck nicht, den Menschen bei der Menübedienung haben. Vor allem ist es mir zuwider, wenn sie diese endlosen Gespräche über die neuesten Produkte führen und mit Fachzeitschriften wedeln. Trotz dieser Einsicht änderte sich an meinen Problemen nichts. Und dann, urplötzlich, war mir klar, wie ich dieses Tohuwabohu unter Kontrolle bekommen konnte. Fast musste ich wegen der einfachen Lösung lachen, was ich mir aber verkneife, wenn ich alleine bin. Mir kommt das nicht ganz richtig vor, nach Möglichkeit sollte man nur in Gesell-

schaft aus einem heiteren Anlass lachen. Aber nicht so wie bei RTL, das ist klar. Die Lösung war nichts anderes als eine simple Farbkodierung. Eine kurze Überprüfung meines Terminkalenders ergab, dass 80 Prozent aller Eintragungen sieben Kategorien zuzuordnen waren. Zukünftig würde für diese Termine anstelle der umständlichen Schreiberei also ein simpler Farbstrich mit der genauen Uhrzeit völlig ausreichend sein. Alle anderen Termine, die ich nicht diesen Kategorien zuordnen könnte, würde ich wie bisher notieren. Das Beste war aber, dass ich zukünftig auch die Termine notieren konnte, die ich bisher wegen ihrer Brisanz geheim halten musste. Diese Termine würde ich als echtes Highlight durch ein goldenes Sternchen markieren. Aus Gewohnheit machte ich mir auf meinen Extraseiten eine kurze Notiz, damit ich bei Gelegenheit einen goldfarbenen Stift besorgte. Mich ergriff eine leichte und gleichzeitig beschwingte Heiterkeit, die mich im Treppenhaus lustige Sprünge wie in wunderbaren Kindertagen machen ließ.

Eine Nachbarin wünschte mir einen guten Tag und fragte, ohne wirklich eine Antwort zu erwarten, wie es mir geht. »Sonnig gelb!« antwortete ich und brach ob dieser gelungenen Kodierung in Gelächter aus. Was sagte mir eigentlich das Schwarz meines Fahrrades? Bestimmt war das eine ebenso eindeutige Information wie die unterschiedlichen Farben der Geldscheine, wobei mir völlig unklar war, was Lederbraun ursprünglich hieß. Als ich mich bückte, um das Fahrradschloss aufzuschließen, stieg mit dem Blut auch die Erkenntnis in meinen Kopf, dass ich möglicherweise der einzige Mensch war, der die Farbkodierung

nicht beherrschte. Dies verunsicherte mich, meine heitere Stimmung schwand und mir wurde dieses ungute Gefühl zur beängstigenden Gewissheit. In mir machte sich unkontrolliert eine krampfartige Verzweiflung breit und trotzdem befürchtete ich, diese letzte Klarheit zu verlieren, wenn ich mich aufrecht hinstellte. Ein vorsichtiger Versuch bestätigte meine Vermutung. Also bückte ich mich wieder so tief es ging, dachte an die ordentlichen Terminkalender meiner KollegInnen und wusste, ich könnte mich nur in dieser grotesken Position beruhigen. Die Klarheit kehrte irgendwann zurück und so konnte ich darüber nachdenken, wie etwa Weißkohl zu kodieren wäre, denn Weiß als Farbe war auf weißem Papier völlig undenkbar. Bei diesem Gedanken musste ich lächeln, denn in meinem Terminkalender gab es keine weißen Stellen, und dort, wo es tatsächlich weiß war, dort standen in Wirklichkeit meine geheimen Termine, die ich zukünftig mit goldenen Sternchen markieren wollte. Ich schaute auf die Uhr, stellte mich langsam aufrecht hin und schaute mich um, ob mich jemand beobachtet hätte. Außer ein paar Kindergartenkindern, die mir nicht mehr Angst als sonst machten, war niemand zu sehen. Es war kurz vor zwölf, ich würde mich beeilen müssen, wenn ich pünktlich zur Therapie erscheinen wollte. Und da war sie wieder, die in mir aufsteigende Angst, die mir grinsend zu verstehen gab, dass ich meinen Therapeuten wieder nur anschwafeln würde. Ich seufzte und tröstete mich mit dem Gedanken, nur noch wenige Jahre durchhalten zu müssen. Und dann wäre es Schluss mit diesen Verrücktheiten, das versprach ich mir jeden Tag.

Richardo Zeh



WENIGER STEUERN FÜR ARBEITNEHMERINNEN

Ab 2010 sind alle Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung steuerlich absetzbar. Das gilt sowohl für Beiträge zur gesetzlichen als auch zur privaten Versicherung. Diese Steuerentlastung der normalen Erwerbstätigen ist allerdings nicht von der Politik geplant, sondern vom Bundesverfassungsgericht angewiesen worden.

ARBEITSZIMMER BEI LEHRKRÄFTEN SOFORT ABSETZBAR

Wie der Bundesfinanzhof am 17. September 2009 in einer Pressemeldung bekannt gab, bestehen ernsthafte Zweifel daran, ob das seit 2007 geltende Verbot zur steuerlichen Absetzbarkeit von Arbeitszimmern verfassungsgemäß sei. Seit 2007 dürfen Arbeitnehmer, bei denen das häusliche Arbeitszimmer nicht den Mittelpunkt der beruflichen Tätigkeit bildet, dieses nicht mehr als Werbungskosten geltend machen.

Die Zweifel des Bundesfinanzhofes haben nun dazu geführt, dass das Bundesfinanzministerium die Finanzämter angewiesen hat, den Eintrag eines Freibetrags in Höhe von maximal 1.250 Euro auf der Lohnsteuerkarte auf Antrag der Steuerpflichtigen zu akzeptieren. Bereits seit April 2009 setzen die Finanzämter die Einkommenssteuer bezüglich der Absetzbarkeit des häuslichen Arbeitszimmers nur noch vorläufig fest. Schon zu diesem Zeitpunkt kamen erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der neuen Regelung auf, sodass die Regelung nun beim Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung liegt. Zwar kann in dem Fall, dass man sich den Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte ein-

tragen lässt und somit direkt in den Genuss der Steuererminderung kommt, das Risiko einer zu verzinsenden Nachzahlung bestehen, wenn die Regelung nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bestehen bleibt. Allerdings ist dieses Risiko angesichts der in der Justiz weitverbreiteten Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit sehr gering.

SCHON BERUFSANFÄNGERINNEN BEKOMMEN WENIGER

Junge Frauen starten mit immer höheren Qualifikationen ins Berufsleben. Dennoch gelingt es ihnen nicht, beim Einkommen zu dem der Männer aufzuschließen. Berufsanfängerinnen verdienen in den ersten drei Berufsjahren durchschnittlich 509 Euro weniger als ihre Kollegen, das ist eine Differenz von 18,7 Prozent. In den folgenden sieben Jahren erhöht sich dieser Abstand weiter auf 21,8 Prozent. Das ist ein Ergebnis einer Studie, für die das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung insgesamt rund 106.000 Datensätze der Website www.lohnspiegel.de ausgewertet hat. Nur ein Teil der Differenz lasse sich durch unterschiedliche Vorlieben bei der Berufswahl, Unterschiede in der Ausbildung und berufliche Unterbrechungen aufgrund von Kindererziehung erklären. Auch die geringeren Aufstiegschancen von Frauen seien nicht allein ausschlaggebend für die Differenz. Das Ergebnis sei »ein sehr starkes Indiz dafür, dass es eine direkte Lohndiskriminierung gibt«, sagte Reinhard Bispinck, Leiter des WSI-Tarifarchivs, bei der Vorstellung der Studie. (VN 15)

SIND BERUFS-AUSBILDUNGSKOSTEN WERBUNGSKOSTEN?

Der Bundesfinanzhof hat die steuerliche Absetzbarkeit der Kosten eines nach abgeschlossener Berufsausbildung aufgenommenen Erststudiums bestätigt (Az.: VI R 14/07). Ist einem Studium bereits eine berufliche Ausbildung vorausgegangen, so sind die durch das Studium verursachten Kosten Werbungskosten. In dem vorliegenden Fall wollte

das Finanzamt die Aufwendungen für das Studium lediglich als Sonderausgaben bis zu einem Betrag von maximal 4.000 Euro im Jahr anerkennen. Dieser Auffassung folgte der BFH nicht. Vor dem Finanzgericht Niedersachsen (Az. 1 K 405/05) wird gegenwärtig auch eine Klage verhandelt, die zum Ziel hat, auch die Kosten eines Studiums ohne vorhergehende Berufsausbildung als Werbungskosten anzuerkennen.

INGETRAGENE LEBENSPARTNER HABEN ANSPRUCH AUF BEIHILFE

Eingetragene Lebenspartner eines Beamten haben sowohl Anspruch auf beamtenrechtliche Beihilfe als auch auf eine Hinterbliebenenversorgung. Dies hat das Verwaltungsgericht Berlin entschieden. Der Kläger ließ im Jahr 2002 eine Lebenspartnerschaft mit einem Mann eintragen, der selbst nicht berufstätig ist. Während ihm die Behörde aus diesem Grund den Familienzuschlag als Anteil seiner Besoldung gewährt hatte, war ihm die Zahlung einer Beihilfe zu ärztlichen Behandlungskosten mit der Begründung versagt worden, Lebenspartner seien keine im Rahmen der Beihilfe berücksichtigungsfähigen Angehörigen. Zudem hätten sie auch keinen Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung. Die hiergegen gerichteten Klagen hatte Erfolg. Die Ansprüche des Klägers ergäben sich unmittelbar aus der Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf. Sowohl die Beihilfe als auch die Hinterbliebenenversorgung seien Arbeitsentgelt im Sinne der Richtlinie. Entscheidend für die Anwendbarkeit der Richtlinie sei, dass sich der Lebenspartner in einer mit einem Ehegatten vergleichbaren Lage befinde. In einem weiteren Urteil hat das Verwaltungsgericht Berlin aus den gleichen Erwägungen einer ebenfalls in eingetragener Lebenspartnerschaft lebenden Regierungsoberinspektorin beim Auswärtigen Amt einen erhöhten Auslandszuschlag zuerkannt. Dieser wird Verheirateten im Hinblick auf die erhöhten Belastungen der Lebensführung im Ausland gewährt. (Urteile vom 6. Mai 2009 – VG 5 A 177.05 und 99.08 –/Urteil vom 7. Mai 2009 – VG 7 A 95.07 –)

L-EGO – Besser gleich!

Die Verhandlungen zur Länder-Entgeltordnung haben begonnen

Ilse Schaad und Gesa Bruno-Latocha, Referat Beamten- und Angestelltenpolitik beim GEW-Hauptvorstand

Im September fand in Berlin der Verhandlungsaufakt zur »Länder-Entgeltordnung« (L-EGO) statt. Schon wieder Tarifverhandlungen? – mag sich mancheR fragen. Um was es dieses Mal geht und warum diese Verhandlungen für die GEW historisch einmalig sind, soll nachfolgend erläutert werden.

Alte und neue Tarife

Früher war alles einfacher: LehrerInnen waren fast ausschließlich Beamte. Wenn sie es ausnahmsweise mal nicht waren, wurden sie als BAT-Angestellte eingestellt. Den BAT kannte jeder, galt er doch für alle Angestellten im öffentlichen Dienst. Und jeder Besoldungsgruppe war eine BAT-Vergütungsgruppe »zugeordnet« – A13 »entsprach« BAT IIa und so weiter. Aber ganz so einfach war es dann doch nicht: Die Entscheidung, wie eine angestellte Lehrkraft zu vergütet ist, konnte – und kann – der Arbeitgeber allein treffen. Anders als sonst im öffentlichen Dienst ist er dabei an keinen Tarifvertrag gebunden, denn die Eingruppierungsregeln des BAT galten nicht für Lehrkräfte. Es gibt lediglich unverbindliche Richtlinien. Erst 2006 mit Einführung des TV-L, des Tarifvertrags für die Länder, gelang es der GEW, von den Arbeitgebern die Zusage zu bekommen, im Zuge der Neuordnung der Entgeltordnung auch die Lehrereingruppierung tarifvertraglich zu regeln.

Die GEW war nie zufrieden damit, wie die verschiedenen Lehrämter im Beamtenrecht einsortiert sind. Besonders ab Ende der 60er-Jahre wurde diese Frage intensiv diskutiert. Die GEW forderte damals eine gleichwertige Lehrerausbildung auf Universitätsniveau für alle Lehrämter und eine entsprechende Einordnung in den höheren Dienst mit dem Eingangsamt A13. Die Föderalismusreform 1971 (Zentralisierung des Beamtenrechts) beendete eine Reihe hoffnungsvoller Ansätze in diese Richtung, beispielsweise auch in Berlin.

Mit der aktuellen Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master sind in den meisten Bundesländern die Ausbildungsgänge für die verschiedenen Lehrämter gleichwertig, d.h. teilweise gleich lang und mit gleichwertigen Abschlüssen. Bei aller Kritik an der Studienreform und an der unzulänglichen Ausbildung – die GEW ist ihrer Forderung nach Gleichwertigkeit der Lehrerbildung damit ein Stück näher gekommen. Jetzt gilt es, auch den zweiten Schritt zu gehen.

Im Tarifbereich eröffnet sich in diesem Jahr erstmals die Möglichkeit, in den Verhandlungen für eine Entgeltordnung der Länder im Rahmen des TV-L unsere Vorstellungen einzubringen. Allerdings müssen wir damit rechnen, dass es auf Arbeitgeberseite keine Akzeptanz gibt. Deshalb müssen wir uns jetzt schon darauf vorbereiten, unseren Forderungen auch durch einen Arbeitskampf Nachdruck zu verleihen. Fast ein Drittel aller LehrerInnen in Deutschland sind Angestellte – und haben eine erhebliche Durchsetzungskraft, wenn sie sich in der GEW organisieren.

EG 14 für alle Lehrkräfte

Zugleich hat der TV-L selbst allerdings zusätzliche Aufgaben gestellt. Die Bruttoverdienste der neu eingestellten Angestellten liegen in den für Lehrkräfte besonders relevanten Entgeltgruppen EG 11 und EG 13 um bis zu 10 Prozent unter dem alten BAT-Niveau. Deshalb kann die Forderung nur lauten: EG 14 für alle Lehrkräfte. Die GEW hat jetzt die einmalige Gelegenheit, die zwei Seelen der »Bildungs-Gewerkschaft« zusammenzuführen: bildungspolitisches Engagement und tarifpolitisches Handeln. Der Dreiklang »Eine Schule für alle – eine gleichwertige Ausbildung für alle – eine gleiche Bezahlung für alle LehrerInnen« stellt eine große Herausforderung dar. Diese kann die GEW nur bewältigen, wenn die gesamte Organisation hinter den Forderungen steht.

Eines ist klar: Wer nicht nur Lohnprozente fordert, sondern die Struktur der Vergütung anfasst, riskiert einen Kampf an zwei Fronten. Nicht nur die Arbeitgeber müssen überzeugt werden, sondern auch all jene unter uns, die mit den Unterschieden zwischen den Lehrkräften groß geworden sind. Befürchtungen, eine Einigung werde auf ihre Kosten gehen, sind verständlich.

Ehrliche Diskussion nötig

Zudem ist bis weit in die GEW hinein die Auffassung weit verbreitet, Studienräte leisteten die schwierigere Arbeit, was die Gehaltsunterschiede rechtfertige. Kaum ein Thema wird unter LehrerInnen so emotional diskutiert wie dieses. Dabei führt es uns nicht weiter, unterschiedliche Belastungen gegeneinander aufzurechnen. Mit welcher Berechtigung der Unterricht in einer 8. Klasse am Gymnasium rund zehn Prozent besser bezahlt wird als der Unterricht in einer 8. Klasse einer Real- oder Hauptschule, kann rational nicht erklärt werden. In vielen Ländern gibt es Gesamtschulen, Gemeinschaftsschulen, Stadtteilschulen, an denen alle schulischen Abschlüsse bis zum Abitur erreicht werden können. Hier zeigt sich die Absurdität dieser Regelung in besonderem Maße. Und schon lange ist unter Experten unstrittig, dass das Unterrichten kleiner Kinder anders, aber nicht weniger anspruchsvoll ist als das Unterrichten großer Kinder.

Auf europäischer Ebene ist die Diskussion längst weiter. Dort geht es darum, alle pädagogischen Berufe hinsichtlich Ausbildungsniveau und Bezahlung zu vereinheitlichen. Diese Diskussion wird auch bei uns beginnen. Jetzt aber heißt unsere Kampagne erst einmal: »Besser gleich« – besser gleich eine Entgeltordnung aushandeln – besser gleiche Bezahlung für alle Lehrkräfte – besser gleich in die GEW eintreten! ■



Szene aus dem dem Stück »Frühlings Stürme« des Theater Strahl, frei nach Wedekinds »Frühlings Erwachen«. Besprechung siehe unten.

FOTO: THEATER STRAHL

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

Mutig und konsequent setzt die **Spielwerkstatt** in ihrem Stück über Werte nicht auf die Attraktivität einer Story, sondern auf das Thema und beginnt folgerichtig mit einer gespielten Passantenbefragung zum Reizwort »Nächstenliebe«. Aus punktuellen Begegnungen entwickelt sich dann zwanglos doch eine spannende Geschichte, die nicht nur illustriert, sondern ein eigenes emotionales Gewicht bekommt und überdies den Einblick in unterschiedliche Familienstrukturen gestattet. Es geht um Mut, Eigenwillen, Missverständnisse – letztlich um die Auseinandersetzung zwischen zwei Lebensformen: rücksichtslose Selbstbezogenheit versus kommunikative Offenheit. In dieser Auseinandersetzung gewinnt die »Hochhausprinzessin« einen Freund und überzeugt schließlich auch die anderen. Die mit dem Stück verbundene spielerische Nachbereitung motiviert zu eigenen Spielversuchen und vertieft die Thematik (ab 11).

Theater Strahl zeigt mit »Frühlings Stürme« eine ungewöhnlich intelligente »Über«-Setzung von Wedekinds Kindertragödie

»Frühlings Erwachen« (Uraufführung 1906) – konzentriert auf die Perspektive des vierzehnjährigen Mädchens Wendla. Das durchaus eigene Gegenwartsstück, das die wilhelminische Vorlage in Sprache und Gefühlslage unserer Gegenwart überträgt, macht heutige Pubertätsnöte sichtbar und gestattet dabei immer wieder den Durchblick auf gesellschaftliche Entwicklungen bis zurück ins 19. Jahrhundert. »Frühlings Stürme« spielt also, dezent und deutlich, mit historischen und sozialpsychologischen Überlagerungen, lässt sich aber auch ohne diesen historischen Bezug gleichsam »naiv« als Gegenwartsstück ansehen. Dann zeigt sich: Aufklärung über Sexualität, Freizügigkeit, Internet, SMS und Reden über kommunikative Kompetenz sind keine Garantien für einen problemlosen Übergang ins Jugendalter; fehlt wirkliches Miteinander, werden Leistungsdruck (der Schule, der Eltern), Sprachlosigkeit in entscheidenden Situationen lebensgefährlich (ab 15; theaterungewohnte Klassen sollten vorher wissen, dass viele Szenen Erinnerungen von Wendla sind, also eigentlich in ihrem Kopf spielen).

Die Berliner **Gorillas** waren Ausrichter der »Improtheater-Meisterschaft 2009«. Während die Theatersport-Begegnungen sich durchweg auf hohem Niveau zeigten im Mit- und Gegeneinander-Spielen von kurzen Improszenen (immer witzig und überraschend, spannend durch die – oft nur gespielte – Rivalität, mitunter auch mehr als unterhaltsam), waren einige der teilnehmenden Gruppen durch Langformen (die Entwicklung eines nahezu einstündigen »Stücks« in der Improvisation!) offensichtlich überfordert. So gelangen Lauter aus Köln nur öde Reproduktionen zum Thema Pornografie; Drama Light (Mannheim) servierte eine lahme Mietshausgeschichte, die so gut wie keine Improvisationselemente enthielt, während etwa die Kaktussen aus Würzburg vom Publikum ausgewählte Fotos zum Leben erweckten und in eine dramatische Story verwandelten. Sieger bei den Langformen wurden die Gorillas; deutscher Meister 2009 im Theatersport wurde Fastfood München.

Hans-Wolfgang Nickel

FORTBILDUNG

Entwicklungspolitische Theaterarbeit

Wie kann man entwicklungspolitischen Forderungen Nachdruck verleihen und wie kann man diese Ziele überhaupt einer breiten Öffentlichkeit nahe bringen? Ausgehend von eigenen Erlebnissen, dem aktuellen Zeitgeschehen und den Bedürfnissen der TeilnehmerInnen entwickeln wir gemeinsam Aktionen und Szenen zu Themen wie Armut, soziale Gerechtigkeit (insbesondere im Verhältnis des globalen Südens zum globalen Norden), Klima, Umwelt, Migration und Krieg. Workshopleiter: Jörg Isermeyer, Schauspieler, Regisseur, Theaterpäd., Musiker und Schriftsteller (Göttingen + Freiburg) Fabian Scheidler, Autor, Dramaturg, Regisseur und Medienaktivist (Rostock + Lüneburg). Workshops im November 2009: Rostock 21. November (Sarah Louis, Eine-Welt-Netzwerk MV, Tel. 0381-490 24 10, info@eine-welt-mv.de); Lüneburg 22. November (Franzi Neu-

reither, JANUN e.V., Tel. 04131-247 28 30/31, franziska@janun.de); Freiburg 28. November (Ellen Koppitsch, BUND Südl. Oberrhein, Tel. 0761-303 83, E-Mail: ellen.koppitsch@bund.net). Weitere Infos & Anmeldung bitte jeweils über die regionalen Kooperationspartner! Ein Projekt von GRIPS Werke e.V. und GRIPS Theater Berlin.

Neue Sehgewohnheiten

Die Fortbildung thematisiert Sehgewohnheiten von Heranwachsenden am Beispiel von aktuellen Inszenierungen von Theater Strahl. Sie stellt Konzepte zur spielerischen Vor- und Nachbereitung nach der Struktur des »Schulischen Enrichment Modells SEM« vor. Ein Theaterbesuch mit Nachgespräch rundet die Veranstaltung ab. Leitung: Ursula Jenni, Theaterpädagogin (UdK). Für LehrerInnen aller Schulstufen. Termine: 18.11., 25.11. und 2.12. 09, jeweils 15 bis 18 Uhr in der Theater Strahl Probabühne, Kyffhäuser Str. 23, Berlin-Schöneberg. Info & Anmeldung: strahl@theater-strahl.de / 030-690 422 18

Technikworkshop für TheatermacherInnen

Der Workshop richtet sich an alle, die lernen wollen, wie man mit begrenzten technischen Mitteln gute Ergebnisse auf der Bühne erzielen und inszenatorische Ideen umsetzen kann. Keine Vorkenntnisse erforderlich. Leitung: Urs Hildbrand, professioneller Bühnenbildner. Termin: 14./15.11.09 von 11 bis 17 Uhr in der Theater Strahl Probabühne, Kyffhäuserstr. 23 in Schöneberg. Kosten 36,60 Euro. Anmeldung: Kursnummer: TS24.02A über www.junge-vhs-berlin.de

Gewerkschaftliche Bildung

In folgenden Seminaren der GEW Berlin sind noch Plätze frei. Bitte schnell anmelden!

- **Arbeitszeit und soziale Segmentation** [092-S-43] für alle Mitgliedergruppen, Kosten: keine, für Nichtmitglieder 20 Euro, 21.11., 10-18 Uhr, GEW-Haus
- **Einführung in die Antidiskriminierungspädagogik** [092-S-48] für alle Mitgliedergruppen, Kosten: keine, für Nichtmitglieder 40 Euro, 27.11., 10-18 Uhr, GEW-Haus
- **Vertrauenskultur** [092-S-59] für LehrerInnen, Kosten: keine, für

Nichtmitglieder 40 Euro, 7.12., 9-16.30 Uhr, GEW-Haus

• **Gesprächsführung für Funktions-trägerInnen** [092-S-65], Kosten: keine, 8.-9.1.2010, GEW-Haus

• **Gender, Feminismus und geschlechtergerechte Pädagogik** [092-S-69] für alle Mitgliedergruppen, Kosten: keine, für Nichtmitglieder 40 Euro, 23.1.2010, 10-18 Uhr, GEW-Haus

Anmeldungen bitte per Internet unter <http://www.gew-berlin.de/seminare> (E-Mail: info@gew-berlin.de, Tel. 030 / 21 99 93 0, Fax 030 / 21 99 93 50)

Weiterbildung mit Freinet-Zertifikat

Die Freinet-Kooperative bietet unter der Schirmherrschaft von Enja Riegel eine zweijährige berufsbegleitende Zertifikat-Weiterbildung zur Einführung in die Theorie und Praxis der Freinet-Pädagogik an, sie beginnt im Oktober 2010. Nähere Infos und Anmeldung (Anmeldeschluss ist der 15. April 2010): Freinet-Kooperative e.V., Sielwall 45, 28203 Bremen. Tel: 0421-344 929, E-Mail @freinet-kooperative.de, www.freinet-kooperative.de

AKTIVITÄTEN

Louis Braille und die Blindenschrift

Noch bis zum 13. Dezember wird im Museum für Kommunikation die vom Deutschen Blinden-Museum Berlin konzipierte Ausstellung »Sechs Richtige! Louis Braille und die Blinden-

schrift« gezeigt. Zahlreiche Exponate des Blindenmuseums sowie aktuelle Objekte und Hilfsmittel zeigen auf, wie blinde Menschen heute die Punktschrift im Alltag nutzen. Neben Workshops für Gruppen und Fortbildungen für Lehrkräfte gibt es jeweils sonntags um 11 Uhr eine exklusive Führung mit den Ausstellungskuratoren. Weitere Infos unter www.blindenmuseum-berlin.de/6richtige.

Sag, was war die DDR?

Im Kindermuseum des FEZ Berlin wird noch bis zum 31. März 2010 die interaktive Ausstellung

»Sag, was war die DDR?« gezeigt. Auf der Basis von originalen Tagebüchern von Kindern und Jugendlichen aus der DDR wird mit interaktiven Stationen ein unmittelbarer Einblick in das Leben der Menschen in der DDR vermittelt. Fakten und wichtige historische Ereignisse in der DDR sowie in der Welt sind in der Ausstellung anschaulich dargestellt und stehen den persönlichen Ansichten gegenüber. Beispielhaft, konkret und »zum Anfassen« können junge Menschen vielfältige Bezüge und aktuelle Themen wie Demokratie, Freiheit und Alltag verglei-



Platypus Theater

ANZEIGEN



Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE:
07221/39 39 30

In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Esstörungen**, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen
Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
Fax: 07221/39 39 350 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für **Esstörungen**

ENTSPANNUNG FÜR LEHRER

8-Wochen-Intensiv zur Burn-out-Prophylaxe
Neue Gruppen ab Januar 2010
Praxis-Lebensspanne
am Schloss Charlottenburg
www.lebensspanne.org Tel. 030 81 46 18 18

SUPERVISION

Einzel, Gruppe oder Team
Dipl.-Psych., Psychoanalytikerin,
Supervisorin (DGSv*)
A. Werner, Berlin-Tiergarten
Tel. 030-344 59 44, alwWer@web.de

INSTITUT FÜR MUSIKTHERAPIE
WALDHÜTERPFAD 38 • 14169 BERLIN
Musiktherapie in der Schul-,
Nachschulischen und Freizeit-
betreuung und in der Musikpädagogik.
www.musiktherapieberlin.de
INFO-TEL.: 030 - 813-50-80

COMMUNICATION ACADEMY Fortbildungen 2009

Interkulturelle Kompetenz erleben
Lassen Sie Stimmen anderer zu?

• Interkulturelles Training:
Grundlagen und Vertiefung
• Stimmbildung und Gesang für Sprechberufe
• Rede- und Präsentationstraining
Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski M.A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin
Tel. 030-23 63 91 75
www.communication-academy.org

Supervision

Gruppen Teams Einzelpersonen

Wolfgang Witte

Supervisor (DGSv/SG) Pädagoge M.A.

Fon: 030 - 3241461

Email: wolfgang.witte@berlin.de

Web: www.wolfgang-witte.com



Institut für Gruppendynamik

Supervisionsgruppen

für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Angela Krapp, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

SUPERVISIONSGRUPPE

FÜR LEHRER/INNEN HAT
NOCH FREIE PLÄTZE

INFO: **INA KAUFMANN**

DIPL.PÄD. / SUPERVISORIN (DGSv)

TEL: 030/ 693 68 90, E-MAIL:

KAUFMANN.INA@WEB.DE

Äffchen Orange

KINDERGARTEN UND
KLASSE 1 | 2

Ein farbiges Theaterstück
über Wandel und
Kompromisse mit Zauberei
und Akrobatik
in deutscher Sprache mit
ein paar Wörtern Englisch

mit Carrie Hampel und
Diane Busuttill



ALICE

2. - 4. LERNJAHR ENGLISCH

Wenn das Trio Skollini
mit Mr. Music
„Alice in Wonderland“
aufführt sind Spaß,
Aufregung und ein
bisschen kreatives Chaos
unvermeidlich ...

mit Peter Scollin,
Bridge Markland,
Heike Ulbrich und
Leo Auri

TERMINE UND INFOS:

www.platypus-theater.de

Tel. 030 6140 1920



WHY?

BESUCHT DAS
Anti-Kriegs-Museum
IN BERLIN-WEDDING
BRÜSSLER STR. 21
(NAHE U-BAHNHOF AMRUMER STR.)
TEL.: 454 90 110
GRUPPENBETREUUNG NACH VEREINBARUNG
TEL.: 402 86 91
TÄGLICH GEÖFFNET
VON 16.00 - 20.00 UHR

Eintritt frei

KINDERDORF DER AZIZ-NESIN-STIFTUNG

In der Oktober-Ausgabe der E&W ist das Kinderdorf der Nesin-Stiftung nahe Istanbul vorgestellt worden. Dort leben derzeit 40 Kinder und Jugendliche, die entweder keine Eltern haben oder deren Eltern nicht in der Lage sind, für ihre Kinder zu sorgen. Die Stiftung wurde von dem türkischen Schriftsteller Aziz Nesin 1972 gegründet und erhält keine öffentliche Förderung. Sie finanziert sich nach dem Tod des Gründers 1995 aus dem Verkauf von Nesins Büchern und Spenden, die zum Beispiel der Verein FöNes (Förderverein Nesin-Stiftung) sammelt. FöNes erhält für seine Arbeit seit 1999 auch finanzielle Unterstützung durch das Bildungs- und Förderungswerk der GEW. Laut einem Bericht des Türkei-Korrespondenten der taz, Jürgen Gottschlich, ist das Kinderdorf der Nesin-Stiftung durch die Überschwemmungen Anfang September schwer getroffen worden: Das Wasser verwüstete die Werkstätten, verwandelte das Haupthaus in einen Swimmingpool, die Küche wurde komplett zerstört, der Theatersaal lief voll. Die Bücher und das Archiv von Aziz Nesin konnten gerade noch gerettet werden aus der ebenfalls unter Wasser stehenden Bibliothek. Glücklicherweise kamen hier aber keine Menschen zu Schaden.

Wer einen Beitrag zum Wiederaufbau des Kinderdorfes leisten will, kann dies über das Konto des Fördervereins Nesin-Stiftung tun: Sparkasse Bremen, Konto 10262509, BLZ 29050101. Weitere Informationen auch unter www.foenes.org. Dort gibt es eine Sonderseite zur Überschwemmung.

chend diskutieren und vorgefertigte oder pauschalisierte Meinungen gemeinsam überprüfen. Infos und Anmeldung unter www.fez-berlin.de

MATERIALIEN

Kleine Klassen – große Klasse

Eine neue GEW-Broschüre bringt Argumente für einen sachlichen Umgang mit der umstrittenen Frage, ob man in kleineren Klassen besser lernt: »Macht es tatsächlich keinen Unterschied, ob in Klassen von 17 oder 30 Schülern gelernt wird? Ist die Überzeugung der pädagogischen Akteure, dass große Klassen die Arbeit erschweren und den Lernerfolg negativ beeinträchtigen, schlicht und ergreifend »falsch« und hält sie keiner wissenschaftlichen Überprüfung stand?«, fragt Marianne Demmer im Vorwort. Die Broschüre will den Stand der Diskussion zusammenfassen und Argumente dafür liefern, dass der Wunsch

vieler Lehrer, Schüler und Eltern nach kleinen Klassen nicht nur vor dem Hintergrund persönlicher Erfahrungen seine Berechtigung hat.« Als Download erhältlich unter www.gew.de/Publikationen_Schule.html

Die gedruckte Broschüre ist in Berlin über die Vertrauensleute an die Schulen geschickt worden und kostenlos erhältlich in der Geschäftsstelle der GEW BERLIN. Bei Zusendung Bestellung über broschueren@gew.de (Einzelpreis 1 Euro inkl. Versandkosten).

Sound of Revolution

Vor 20 Jahren fiel nicht nur die Mauer in Deutschland, sondern auch der gesamte Eisernen Vorhang zwischen Ost und West. Die Europäische Kommission und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur haben aus diesem Grund 20 Songs aus elf Ländern zusammengestellt, die vor 20 Jahren bei den friedlichen Revolutionen in den

osteuropäischen Ländern eine große Rolle gespielt haben. Jedes Lied erzählt seine eigene Geschichte von der Selbstbehauptung und dem Widerstand der BürgerInnen. Alle Songtexte sind ins Englische übersetzt, außerdem gibt es kurze Informationen zur Entstehung der Lieder. Aus der DDR sind die Bands Silly und Herbst in Peking vertreten: »Sound of Revolution. Der Soundtrack des Umbruchs 1989 in Europa«. Die kostenlose CD ist leider inzwischen vergriffen, kann aber im Internet unter www.europa1989-2009.eu/intro.htm angehört werden. Dort gibt es ebenfalls Informationen über die Songs und weitere Informationen zum Thema.

Für Tanzfreudige: Der Tangokalender!

Der Tangokalender ist mit einem ewigen Kalender neu aufgelegt worden. Jedes Monatsblatt ist vollfarbig – ein kleines Kunstwerk in sich. Die Fotos sind kombiniert

mit Filetes – der typischen nostalgisch-argentinischen Ornamentik und einem dazu passenden »Piropo«* in Spanisch und Deutsch: Eine Verneigung vor dem argentinischen Tango und ein Schmuckstück für alle Tangoliebhaber. Herausgegeben von der Edition Graph Druckula in Zusammenarbeit mit dem Boletín del Tango und für 19,90 Euro erhältlich unter www.graphdruckula.de. Dort kann man sich auch die Einzelseiten anschauen. (*piropo = humorvoller Sinnspruch, freches Kompliment)

INTERNET

www.afs.de führt zum Internet-auftritt der Jugendaustauschorganisation AFS. Hier gibt es einen Bereich für Pädagogen zum Thema interkulturelle Kompetenz und Auslandsaufenthalte von Schülern. AFS Interkulturelle Begegnungen e.V. arbeitet gemeinnützig und ist Träger der freien Jugendhilfe. Neben dem Schüleraustausch ermöglicht AFS die Teilnahme an Freiwilligendiensten im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich.

ANZEIGE

Erschöpft?
Freies Malen hilft.
www.malortmitte.de

HARZ
JUGENDGÄSTEHAUS
Mit Harz und Seele
direkt am Wald gelegen, 5 Min. zur Altstadt, 125 Plätze, Lehrerfreiplätze, div. Pauschalangebote ab 79 Euro für 4 Nächte, inkl. Programm und HP.
Veranstaltungs- und Seminarräume für bis zu 200 Personen.
Tel.: 0 55 22 / 55 95, Fax 0 55 22 / 68 69,
E-Mail: jgh.harz@osterode.de,
Info: www.jugendgaestehaus.osterode.de

Für alle Fälle

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-62



*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

KLASSE REISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-
Oder Österreich ... Holland	

Städtetouren Berlin, Prag, Rom, London

KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 · 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 · Fax (030) 303083-77
www.klasse-reisen.com

Katalog unter:
030-303083-6

MODERNE KOMFORT FERNREISEBUSSE

von 8 – 74 Sitzplätzen mit
Aircondition, Video, Küche, WC,
Tel., Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren
Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal
mit zertifiziertem Sicherheitstraining.

PRIMA KLIMA REISEN
www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 · pkr-bus@bln.de

Locke-Service-Büro

Ostgalizien Radwanderung	ab 850 EUR
Korsika GR20 Wanderung	ab 890 EUR
Madeira Wandern 10 Tage	ab 1360 EUR
Gomera Wandern & Relaxen	ab 1709 EUR
Flüge und Fahren – weltweit und preiswert!	

LockeToursBerlin

Bundesallee 115 Tel. (0 30) 8 52 30 30
12161 Berlin e-Mail: locketours@t-online.de

Die Klassenfahrtseite
jede Woche neue Angebote

www.schulfahrt.de

Tel. 0 35 04/64 33-0

GRENZENLOS REISEN

Busse für jede Gelegenheit
Stadtrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers



Grenzenlos Reisen

Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
Fon: 0 30-43 00 48 0
Fax: 0 30-43 00 48 79

Klassenfahrten nach Rom

In dieser Stadt kennen wir uns aus!

5 Tage Flugreise ab 170 €



Herforder Straße 75 | 32657 Lemgo | Tel. 05261 2506-27 | www.cts-reisen.de



SCHULFAHRTEN 2009/2010

NEU: FLUGREISEN (Sie buchen den Flug, alles Weitere organisieren wir)
z. B. 6 Tage Cesenatico Euro 184,00 VP, 6 Tage Spanien Euro 223,00 HP
Busfahrten nach Cesenatico mit Ausflügen ab Euro 198,00 VP

Busfahrten zur Toskana-Küste, zum Gardasee, nach Rom, nach Sorrent,
nach Südtirol, nach Spanien, nach Griechenland, nach Prag, nach Paris,
nach London.

Individuell für Lehrer und Begleiter: Oster- und Silvesterfahrten

Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2009/2010.

Weitere Informationen auch bei:

R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf,
Telefon 083 22 – 800 222, Telefax 083 22 – 800 223

Tel. 00 39/05 47/67 27 27
Fax 00 39/05 47/67 27 67
Via Bartolini, 12
47042 Cesenatico / Italia

www.real-tours.de
24 h online buchen
E-Mail: Info@real-tours.de

Tel. (030) 30 30 83-0

BUSART-TOURS

Das bestgelaunte Bus- und Reisetem! GmbH

www.busart-tours.de
info@busart-tours.de

Württembergallee 2 | 14052 Berlin
Fax (030) 303083-55

Darlehen supergünstig *1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins

35-jährige Beratungskompetenz **Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter**

DSB BANK

www.ak-finanz.de

AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen
Telefax: (06 21) 51 94 88, E-Mail: beamtendarlehen@ak-finanz.de

Gebührenfrei Tel. 0800/1000 500

und Stuttgarter Vers. a.G. supergünstige Beamtendarlehen, z.B. B.a.L. 30 J. alt, 30.000,- € günstige 281,05 € mtl., 70.000,- € 654,22 € mtl., inkl. LV, Lfz. 14 J., 5,99% effektiver Jahreszins. Lfz. 12 J., ab 5,75% effektiver Jahreszins auch an Angestellte ab 5 Jahre L.o.D. *1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken ohne Eigenkapital, hohes Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 120%.

KLINIK

www.klinik-nikolassee.de



NIKOLASSEE

Akutklinik für Innere Medizin und Psychosomatik

Wenn Ihre Seele krank wird ...

- Herzbeschwerden, hoher Blutdruck
- Depressionen, Selbstmordgedanken
- Angstgefühle, Schlaflosigkeit
- Alkohol- und Tablettenprobleme
- posttraumatische Belastungsstörung
- berufliche u. soziale Rückzugstendenzen

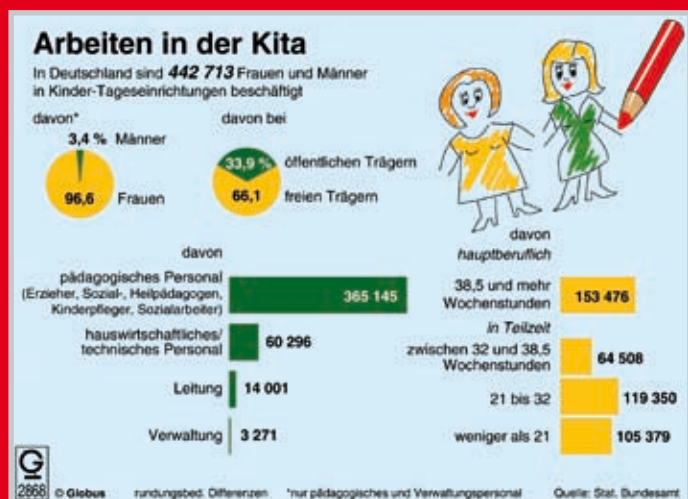
24-Stunden-Akutaufnahme!

Mit und ohne Chefarzt-Wahlleistungen, kein Einzelzimmer-Zuschlag.

030 / 803 09 10
Von-Luck-Str. 3 · 14129 Berlin

10. NOV.	17.00 Uhr	Arbeitslosenausschuss	Raum 34
	19.00 Uhr	LA Multikulturelle Angelegenheiten	Raum 47
	19.00 Uhr	FG Soz.päd. Aus-, Fort-, Weiterbildung	Raum 32
11. NOV.	17.00 Uhr	AG Frieden	Raum 47
12. NOV.	10.00 Uhr	Senioren Ausschuss	Raum 33
	15.30 Uhr	LA Frauenpolitik	Raum 34
16. NOV.	18.00 Uhr	Fachgruppe Sonderpädagogik	Raum 47
	18.30 Uhr	AG Lehrbeauftragte	Raum 34
17. NOV.	19.00 Uhr	Abt. Berufliche Schulen	Raum 33
18. NOV.	10.00 Uhr	Senioren Ausschuss	Raum 33
	13.00 Uhr	AG Altersversorgung	Raum 34
	19.00 Uhr	FG Kinder-, Jugend-, Sozialarbeit	Raum 33
19. NOV.	18.00 Uhr	Kita-AG	Raum 31
	18.00 Uhr	FG Schulsozialarbeit	Raum 32
	18.30 Uhr	Abtl. Wissenschaft	Raum 33
25. NOV.	15.00 Uhr	Junge Alte	Raum 34
26. NOV.	16.30 Uhr	AG Jugendliteratur	Raum 47
	19.00 Uhr	AG Ambulante Hilfen	Raum 34
30. NOV.	18.30 Uhr	Junge GEW	Raum 34
01. DEZ.	16.00 Uhr	AG Gesundheitsschutz	Raum 34
	19.00 Uhr	AG Schwule Lehrer	Raum 34
08. DEZ.	17.00 Uhr	Arbeitslosenausschuss	Raum 34
	19.00 Uhr	LA Multikulturelle Angelegenheiten	Raum 31
	19.00 Uhr	Abt. Berufliche Schulen	Raum 33
	19.00 Uhr	FG Soz.päd. Aus-, Fort-, Weiterbildung	Raum 47
09. DEZ.	17.00 Uhr	AG Frieden	Raum 47

BILD DES MONATS



AUFRUF ZUR MAHNWACHE

9. November 1938: Pogromnacht - Nie wieder! Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Mahnwache der GEW BERLIN am **9. November 2009 um 17 Uhr** an der Gedenktafel vor dem U-Bhf. Wittenbergplatz

INFO-VERANSTALTUNG FÜR BEWERBERINNEN ZUM REFERENDARIAT

Über die aktuelle Einstellungssituation ins Referendariat im Februar 2010, das Auswahlverfahren sowie über das Referendariat selbst informieren wir am **Montag, 9. November 2009 um 16 Uhr** im GEW-Haus. Außerdem gibt es Tipps zum Geld, zur Krankenversicherung, zu Nebenjobs, zu Schwangerschaft/Elternzeit. Das Referendariat im Internet: www.gew-berlin.de/referendariat Werdet aktiv in der Jungen GEW Berlin! Termine und mehr unter www.gew-berlin.de/junge-gew.htm

WEGE ZU EINER LESEKULTUR

Der Film „Es war einmal ein Zebra“ ist eine Langzeitdokumentation der Lesekultur an der Lenau-Grundschule. Er wird gezeigt am **Dienstag, 24. November um 19 Uhr** in der Heilig-Kreuz-Kirche, Zossener Str. 65/ Ecke Blücherstr. Eine Veranstaltung des Kreuzberger Bildungsforums. Die Regisseurin Gerburg Rohde-Dahl ist anwesend.

INKLUSIVE SCHULEN AUF DEM WEG

Einen Ansatz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird im Bezirk Marzahn-Hellersdorf erprobt, um die gemeinsame Erziehung und Bildung von Kindern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf auszubauen und zu verbessern. Eine Sonderschule läuft aus und die Ressourcen werden den INKA-Grundschulen übertragen und neue Formen der Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen und Professionen werden erprobt. Das könnte ein Modell auch für andere Regionen werden.

Mittwoch, 25. November 2009 um 18 Uhr im GEW-Haus in der Ahornstr. 5 in Schöneberg. Referenten: Dr. Helmut Meschenmoser (wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts INKA), Matthias Rösner (Schulrat in Marzahn-Hellersdorf), Moderation: Rose-Marie Seggelke (GEW BERLIN)